



medico international



rund- schreiben

04/17

медалона

Niger: Vom weißen Fleck zum Frontstaat
Globale Demokratie: Revolutionstheater
Syrien: Die Kraft der Zivilgesellschaft

И

4	Kommentar: Die Idee einer anderen Globalität
10	Die Versammlung des Globalen Dritten Standes
12	Palästinensische Gebiete: Interne Zerreißprobe
17	Syrien: Das Überleben der Zivilgesellschaft
20	Syrien: Die Belagerung von Ost-Ghouta
22	Projekte - Projektionen
24	Niger: Vom weißen Fleck zum Frontstaat
30	Afrikapolitik: Mogelpackung Marshallplan
34	Brasilien: Für menschenwürdige Städte
37	Mexiko: Nach dem Erdbeben
38	Psychosoziales: Kritik westlicher Standards
42	Stiftung: Ein Raum für kritisches Potential
44	medico-Materialliste
46	Impressum/Service

Liebe Leserinnen und Leser,

etwas ist anders an diesem Jahresende: Eigentlich streben unsere Seelen jetzt nach Ruhe, vielleicht nach ein bisschen Melancholie. Aber doch nicht das! Die Bundesrepublik ist also auch kein Hort der glückseligen Stabilität mehr, die ja vor allen Dingen ein Status quo auf Kosten anderer war. Mit dem Scheitern von Jamaika ist nun auch dieser Drahtseilakt auf der Mitte der Gesellschaft vorbei. Und als Beobachterin des politischen Geschehens fragt man sich, ob sich da im Wirrwarr um die Wählerinnengunst nicht ganz andere Sollbruchstellen zeigen als die, die man bislang kannte. Kann man noch zwischen Rechts und Links genau unterscheiden, wenn in beiden Lagern Befürworter der Abschottung Deutschlands sitzen? Wieviel Klientelismus ist dabei, wenn Linke das Soziale vorrangig national denken? Vielleicht so viel wie bei der FDP, die nur die reiche Mitte im Blick hat. Letztere hofft erfolgreich zu

reüssieren mit Themen, die vor den deutschen Liberalen schon Trump in den USA, Kurz in Österreich und Piñeira in Chile ausprobiert haben: Reichsein als Beleg für Wirtschaftskompetenz, Migrantenfeindlichkeit und diverse Formen der Bigotterie. Der kamerunische Philosoph Achille Mbembe schreibt in seinem jüngsten Buch „Politik der Feindschaft“: Der Krieg (gegen den Terror, gegen Migranten, gegen den Westen ...) sei zum Pharmakon, zu einem heilenden und giftigen Wirkstoff unserer Zeit geworden und das habe „verhängnisvolle Affekte freigesetzt, die unsere Gesellschaften nach und nach drängen, den Weg der Demokratie zu verlassen und sich in Gesellschaften der Feindschaft zu verwandeln“.

Das Buch ist lesenswert, auch wenn es nicht aufmuntert. Wir haben in diesem Heft versucht, einen anderen Blick einzunehmen. Natürlich können wir die Katastrophe nicht außen vorlassen, die Mbembe zu solchen düsteren Analysen bewegt. Aber getreu dem Motto des Schriftstellers und Mitglieds des medico-Stiftungskuratoriums Ilija Trojanow – „Die Welt ist groß. Rettung lauert überall.“ – haben wir uns an die Seite derer begeben, die inmitten einer kriegerischen Ordnung für Vernunft und Widerstand stehen. Manche haben Namen, Wesam Sabaaneh aus Syrien oder Moussa Tchangari aus Niger. Andere bleiben ungenannt, weil die Situationen das Namensnennen nicht immer erlauben. Die Beispiele all unserer Gesprächspartnerinnen und -partner aber zeigen, dass sie noch in ungleich schwierigeren Situationen nicht das Denken in Feindschaft betreiben.

Rettung bedarf auch globaler Strategien. medicos Partner haben sich an dem theatralen Weltparlament beteiligt, das in der Berliner Schaubühne eine globale Demokratie einforderte. Es mag illusionär erscheinen. Aber solche Anstrengungen zwischen Politik und Kunst sind nötig, um die Alternativen nicht nur theoretisch, sondern auch haptisch, zum Anfassen also, zu entwickeln. Die Lage ist viel zu ernst, als dass man sich damit lächerlich machen könnte.

Wie immer an Weihnachten ergeht auch dieses Jahr ein eindringlicher Appell an Sie, liebe Leserinnen und Leser, die Arbeit von medico in diesem zweifachen Sinne zu unterstützen: Für die Förderung unserer Partnerinnen und Partner und die Entwicklung globaler Alternativen. Mit Ihrer Spende oder einer dauerhaften Fördermitgliedschaft. Dafür danke ich Ihnen schon jetzt.

Herzlichst,
Ihre




„Sie fliegen auf die Erde und ...“ Der russische Künstler El Lissitzky hatte schon zur Oktoberrevolution ein Verständnis für das Globale.



**Rettung
ist über
all!**

Die Hoffnung, durch Abschottung noch einmal davonzukommen, trügt

Von Thomas Gebauer

Die Welt sei aus den Fugen geraten, heißt es heute allenthalben, Gefahren und Risiken überall. Mitunter überschlagen sich die Nachrichten von Kriegen und Terror, von Hunger, Klimawandel und politischer Unvernunft. Für Aufbauen des scheint dann kaum noch Platz zu sein.

Die apokalyptisch anmutende Flut von Katastrophenmeldungen, die uns heute immer wieder entgegenschlägt, könnte ein Weckruf sein; ein Appell zur längst überfälligen Korrektur jener Politik, die für die flagranten Missstände und Schrecken verantwortlich ist. Tatsächlich aber bleibt alles beim Alten. Das „Weiter so!“ dominiert über die Empörung. Verunsicherung macht sich breit; und schließlich das Gefühl, selbst bedroht zu sein. Und aus Ängsten lässt sich bekanntlich Kapital schlagen. Sie sichern nicht nur den Medien die Auflagen, sondern helfen auch Politikern im Kampf um die Gunst der Wählerinnen und Wähler. Wer Bedrohungsszenarien auszumalen und sich darin als zupackender Akteur zu inszenieren versteht, punktet bei denen, die verunsichert sind. Unter der Hand geraten Misstrauen und wehrhafte Abschottung zu gesellschaftspolitischen Zielen.

Das Dispositiv der Sicherheit

Der Sicherheitsindustrie ist das nur recht. „Secu Pedia“, die „Plattform für Sicherheits-Informationen“, beziffert das Volumen der von privater Seite in Deutschland für Sicherheits-

dienstleistungen und -produkte ausgegebenen Mittel auf rund 14,5 Mrd. € (Stand 2015). Stolz verweisen einschlägige Fachmessen auf den boomenden Markt. Über 1.000 Anbieter aus 45 Ländern haben zuletzt auf der „Security Essen“, die „Weltleitmesse der zivilen Sicherheit“, ihre Produkte und Innovationen vorgestellt. Darunter intelligente Videoüberwachung, elektronischer Einbruchschutz, aber auch sog. Smart-Border-Lösungen zur Automatisierung der Einreise an Flughäfen. Unbekümmert werden Gesichtserkennungssysteme beworben, deren Einsatz gegen geltende Datenschutzbestimmungen verstößt.

In den letzten Jahrzehnten ist Sicherheit zu einem alles dominierenden gesellschaftlichen Dispositiv geworden. Es bestimmt den öffentlichen Diskurs, die Ausrichtung der Institutionen, die sozialen Interaktionen, kurzum: die gesamten Lebenswelten. Entsprechend vielfältig sind die Spuren, die das Bemühen um Sicherheit inzwischen im Alltag hinterlassen hat. Sie reichen von überwachten Plätzen, Straßen und Gebäuden, von Kameras in Schulen, satellitengestützter Kontrolle des Verkehrs über chipbewährte Gesundheitsausweise und die erkennungsdienstliche Behandlung beim Grenzübertritt bis hin zur Massenausspähung durch Geheimdienste, die längst in jedem Menschen eine potentielle Sicherheitsgefahr sehen.

Auch in den Köpfen der Ausgespähten hat sich der Sicherheitsdiskurs niedergeschlagen. Aktu-

elle Umfragen unter Jugendlichen in Deutschland ergaben, dass die Sorge um die innere Sicherheit inzwischen größer ist als die Sorge um die eigene Ausbildung. So erschütternd das Ergebnis, nimmt es angesichts des Elends, das in der Welt herrscht, angesichts all der ungelösten Zukunftsfragen, wachsender sozialer Ungleichheit und gesellschaftlicher Auflösungserscheinungen doch nicht wunder. Aber die Hoffnung, durch Abschottung nach außen noch einmal davonkommen zu können, trägt. Denn die Gefahren kommen nicht von außen; sie entstehen im Inneren.

Entfremdung statt Überfremdung

Wer sich von den vielen medial inszenierten Panik- und Crime-Kampagnen nicht den Blick für die Realität verstellen lässt, erkennt die wirklichen Gründe der krisenhaften Entwicklung. Sie wurzelt nicht in vermeintlicher Überfremdung, sondern in realer Entfremdung, mit anderen Worten: in der weit vorangeschrittenen Unterwerfung menschlichen Lebens unter das Diktat einer Ökonomie, die inzwischen auch die Zerstörung des Planeten in Kauf nimmt. Die Krise wird angefeuert durch die Selbstgefälligkeit der Eliten, die den eigenen Vorteil über das Gemeinwohl stellt. Sie wächst mit technologischen Entwicklungen, die Menschen nicht mehr nützen, sondern nur noch „nutzlos“ machen. Sie resultiert aus dem gewalttätigen Wahn von Rassisten und Rechtsextremen, die das „Weltweitwerden“ der Welt, die globale Freizügigkeit, die Begegnung der Kulturen, die geistige Offenheit in der irrationalen Enge überkommener Nationalismen ersticken wollen.

Die Lage wäre hoffnungslos, träfe diese Entwicklung nicht immer noch auf weltweiten Einspruch: einen Einspruch, der allerdings selten lautstark von sich reden macht, sondern zuallererst im Leiden der Leute zum Ausdruck

kommt. Einem Leiden, das sich zwar am Widerspruch zu den Verhältnissen entzündet, aber meist nur individuell erlebt wird. Dieses Leiden „beredt werden zu lassen“, wie Adorno gefordert hat, ihm zu einer gesellschaftlichen Virulenz zu verhelfen, ist die Bedingung aller Wahrheit.

Mit einer Instrumentalisierung von Ängsten hat das nichts zu tun. Gefordert ist nicht die Dramatisierung der Schrecken, sondern deren Skandalisierung. Nicht gesellschaftlicher Thrill ist gefragt, sondern Verständnis für das Leiden; nicht Abschottung, sondern Gerechtigkeit. Nicht der aufwendigsten Sicherheitstechnologie wird es jemals gelingen, die Gefahren und Risiken der Gegenwart dauerhaft zu externalisieren, d.h. sie auf andere abzuwälzen und auf diese Weise unsichtbar zu machen. Zu Ende gedachte Abschottung mag sich gut für dystopische Hollywood-Phantasien eignen, im wirklichen Leben aber führt sie in die Irre.

Die Idee einer anderen Globalität

Rettung sieht anders aus, und als Möglichkeit ist sie überall gegeben. Sie zeigt sich dort, wo sich Menschen ihrer selbst bewusst werden und die Dinge selbst in die Hand nehmen. So beispielsweise in Sao Paolo, wo die brasilianische Bewegung der Wohnungslosen leer stehende Hochhäuser in Wohnraum umwandelt. Sie scheint auf im bewundernswerten Bemühen afghanischer Studierender, die sich inmitten von Krieg und Krise und ohne Rückgriff auf funktionierende Bibliotheken mit Kritischer Theorie auseinandersetzen. Sie lässt sich entdecken in den Gedichten, mit denen geflohene Jugendliche ihr Leid und ihre Wünsche zu Papier bringen. Sie lebt im mutigen Widerstand von Kleinbauern, die ihren Grund und Boden gegen Landraub und Extraktionswirtschaft verteidigen.

Dazu trafen sich Ende Oktober 2017 in Genf mehr als 200 Vertreterinnen und Vertreter von „grassroot“-Organisationen, Selbsthilfegruppen, Gewerkschaften und sozialen Bewegungen aus aller Welt, deren Lebensumstände von transnationalen Konzernen in Mitleidenschaft gezogen wurden und werden. Gemeinsam drängen sie auf eine regulative Einhegung des Kapitalismus über ein rechtlich bindendes Abkommen, das Unternehmen weltweit dazu verpflichtet, die Rechte der Menschen zu respektieren. Das Verbindende solcher „Inseln der Vernunft“ ist die Idee einer andern Globalität – einer Lebensweise, die sich nicht auf Konkurrenz und Zerstörung stützt, sondern auf Mitgefühl, Neugier und Kreativität.

Aber noch etwas verbindet diese Initiativen: sie finden allesamt so gut wie gar nicht mehr in unseren Medien statt. Die Arbeit an neuen Konzepten, die Mühen des sozialen Engagements, der langsame und von Rückschlägen behaftete Prozess der Umsetzung von Alternativen – all das ist für eine medial gestützte Öffentlichkeit, die auf das Spektakuläre abonniert ist, wenig interessant. Und so muss man genauer hinsehen, um das Rettende in der Welt zu entdecken. Die Welt mag aus den Fugen geraten sein, aber sie ist noch immer bunt, vielfältig und voller Widersprüche. Und in eben diesen Widersprüchen lauert auch die Möglichkeit von Befreiung. Das Rettende ist überall.



Revolu- tions- theater



Foto: Patrick Mager-Clement, Schaibline

Abschluss der General Assembly: Die Inszenierung des Sturms auf das Winterpalais 1917 wird am Reichstag nachgestellt.

In Berlin tagte die erste Generalversammlung des Globalen Dritten Standes

Von Thomas Seibert

Seit Anbeginn der Moderne suchen und fliehen sich Politik und Kunst. Weil die auf das Jahr 1789 folgenden Revolutionen ihre Versprechen nicht realisieren konnten, bewahren Gedichte, Gemälde, Theaterstücke oder Filme ihr Unabgeholtenes, aber auch ihre Abgründe auf. Jedem neuen „Sprung unter dem freien Himmel der Geschichte“ (Benjamin) gehen künstlerische Revolutionen voraus. Was im 20. Jahrhundert erst der Dadaismus, dann der Surrealismus und zuletzt die Situationisten versuchten, ist heute die Tradition geworden, in die sich das Theater des „Globalen Realismus“ stellt. Sein Regisseur Milo Rau rief deshalb vom 3. bis 5. November 2017 aus allen Kontinenten der Welt 60 „Abgeordnete“ nach Berlin, die sich dort zur ersten „Generalversammlung des Globalen Dritten Standes“ trafen. Mit von der Partie: drei medico-Partner aus Pakistan und Simbabwe.

Eine Art Weltparlament von unten

Tagungsort war der große Saal der Schaubühne am Lehniner Platz. Vorne saßen das Sitzungspräsidium, die Protokollanten und die „politischen Beobachter“: Intellektuelle wie die Politikwissenschaftlerinnen Chantal Mouffe und Ulrike Guérot oder der Philosoph Armen Avanessian. Vom Rednerpult aus wandten sich Abgeordnete oder politische Beobachter im strengen Fünf-Minuten-Takt ans Plenum. Das wiederum setzte sich aus den Abgeordneten und den Zuschauern zusammen: Der Saal war

an allen Tagen ausverkauft. Diskutiert wurden die drängendsten Probleme der kapitalistischen Globalisierung und die Forderungen, die ihr überall auf der Welt in den Weg gestellt werden. Nach teils heftigen Debatten fassten die Abgeordneten bindende Beschlüsse. Nicht alle Anträge, die vorgelegt wurden, fanden Zustimmung. In den nächsten Wochen wird daraus eine „Charta des 21. Jahrhunderts“ entstehen, sie soll das Programm der Kämpfe dieses Jahrhunderts umreißen. Natürlich wird die „Charta“ nur ein papiernes Dokument von zwei, drei Seiten sein. Mehr aber war zu ihrer Zeit auch die „Allgemeine Erklärung der Rechte der Menschen und Bürger“ nicht, die 1789 von den „Generalständen“ des französischen „Dritten Standes“ verabschiedet wurde.

Tatsächlich knüpfte die Generalversammlung in der Schaubühne unmittelbar an ihr französisches Vorbild an. Auch die „États Généraux“ waren kein legitimes Verfassungsorgan, sondern mussten sich selbst erst dazu machen. Nicht entscheidungsbefugt war auch der französische „Dritte Stand“. Er hat sich 1789 zur Entscheidung ermächtigt, in einem Akt, der zu seiner Zeit illegal und darin eben revolutionär war. Der Globale Dritte Stand ist heute in keiner besseren, er ist sogar in einer schlechteren Position. Wäre seine Generalversammlung eine rein politische Aktion gewesen, hätte sie Kopfschütteln und Achselzucken hervorgerufen. Doch fand sie auf der Bühne statt und war insofern eine Aktion der Kunst – eifrig debattiert

und kontrovers kommentiert von allen wichtigen Zeitungen der Republik. Per Livestream war die Versammlung zeitgleich in mehreren Theatern Europas und auf der Webseite von medico zu sehen. Da der französische „Dritte Stand“ zur Legitimierung seiner Selbstermächtigung auch die Abgeordneten des Ersten und des Zweiten Standes – des Adels und des Klerus – eingeladen hatte, lud der Globale Dritte Stand die Mitglieder des Deutschen Bundestages zur Teilnahme ein – ein Ruf, dem immerhin mehrere Abgeordnete Folge leisteten.

Auf der Eröffnungssitzung am Freitagabend rechtfertigte die bangladeschische Sitzungspräsidentin Kushi Kabir den höchst prekären Akt der revolutionären Anmaßung mit eindringlichen Worten: „Die Frage ist nicht, wer euch das Recht gegeben hat, eure Rechte einzufordern, sondern wie ihr so gedankenverloren, ja so verrückt sein konntet, das nicht längst getan zu haben.“ Die Veteranin des bangladeschischen Unabhängigkeitskriegs von 1971 – eine weitere Revolution, die hinter ihrem Versprechen zurückblieb – benannte dann auch, wer der Globale Dritte Stand eigentlich sein soll. Zunächst gehören ihm Menschen aus Afrika, Asien und Lateinamerika an, allesamt Betroffene deutscher Politik, die in Deutschland aber nicht das Recht haben, gehört zu werden: „Es ist nicht so, dass wir, die Vertreterinnen und Vertreter von Millionen Opfern dieser Welt, keine Stimme hätten. Das Problem ist, dass ihr uns nicht zuhört“, sagte die Ökonomin, Autorin und Aktivistin Ala'a Shehaby, Abgeordnete aus Bahrain. Ab jetzt aber werden all diejenigen zum Globalen Dritten Stand gehören, die die Beschlüsse der Generalversammlung als für sich bindend anerkennen. „Ist das noch Kunst – oder schon Politik?“, fragte sich da eine Zuschauerin.

Auf der Eröffnungssitzung wie auf den sechs „Plenarsitzungen“ am Samstag und Sonntag

wurde deutlich, warum der heutige „Dritte Stand“ nur ein globaler sein kann. Ob es um die Militärinterventionen in Jugoslawien oder Afghanistan, um die Verwüstung ganzer Landstriche durch den Anbau von Soja oder Palmöl, um die mörderischen Arbeitsbedingungen der südasiatischen Textilproduktion, um die Massenvertreibungen von Kleinbäuerinnen in Afrika oder Lateinamerika, um das Abholzen der Regenwälder oder das Leerfischen und die Verschmutzung der Meere, um das Abschmelzen des Eises am Nordpol oder die Massaker an streikenden Arbeitern in Brasilien oder Südafrika ging: In jedem einzelnen Fall legten die Abgeordneten überzeugend dar, dass Politik im 21. Jahrhundert stets Weltinnen- oder Weltsozialpolitik sein muss. Der Nationalstaat hat, das wurde immer wieder gesagt, jedes Potenzial verloren, um Freiheit, Gleichheit und Solidarität voranzubringen.

Zusammenhänge globalen Unrechts

Dabei oblag es dem medico-Partner Nasir Mansoor von der pakistanischen National Trade Union Federation (NTUF), auf dem inneren Zusammenhang der verschiedenen Berichte vom Unheil und Unrecht der Weltverhältnisse zu bestehen. Deshalb verwies er zunächst darauf, nicht nur für die Textilarbeiter zu sprechen, die am 11. September 2012 in einer Fabrik in Karatschi verbrannten – einer Fabrik, deren wichtigster Auftraggeber der deutsche Discounter KiK und dessen Kundinnen und Kunden in deutschen Einkaufszentren waren: „Der Name in meinem Personalausweis tut nichts zur Sache. Nennen Sie mich Nasir Mansoor, bei dem Namen, unter dem ich als Aktivist bekannt bin. Ich bitte Sie um diesen Gefallen, weil ich hier für alle diejenigen das Wort ergreifen möchte, die man wie mich als Aktivistinnen und Aktivistinnen bezeichnet. Weltweit geht unsere Zahl in die Millionen. Viele von uns tragen ei-

nen selbstgewählten Namen – aus Sicherheitsgründen, aber auch zur Bewährung der im politischen und sozialen Aktivismus errungenen Freiheit.“

Die Gemeinsamkeit der Aktivisten Asiens, Afrikas und Lateinamerikas, aber auch Nordamerikas und Europas sah Mansoor in der Forderung, der Globalisierung der Märkte endlich eine Globalisierung der Demokratie entgegenzusetzen. Natürlich wusste auch Nasir Mansoor nicht zu sagen, wie genau eine solche Demokratie verfasst sein wird. Umso entschiedener aber bat er um Unterstützung für ihren nächsten Schritt. Wenn die Einheit der Welt heute zunächst durch die globalen Liefer- und Produktionsketten des Kapitals und den freien Fluss der Waren hergestellt wird, dann sei es höchste Zeit, das Handeln der transnationalen Konzerne den politischen, sozialen, kulturellen, ökonomischen und ökologischen Menschenrechten zu unterstellen. Deshalb rief er die Generalversammlung zur Unterstützung des sogenannten „Treaty“-Prozesses auf, in dem die UNO genau das erreichen will. Zugleich forderte er die Versammlung auf, die Blockadepolitik der deutschen Regierung in diesem Prozess deutlich zu kritisieren. Darum müsse, so sein Antrag, der Ruf nach Durchsetzung des Menschenrechts in den Liefer- und Produktionsketten ausdrücklich in die Präambel der „Charta des 21. Jahrhunderts“ aufgenommen werden.

Grenzen der Versammlung

Bezeichnenderweise geriet die Generalversammlung gerade mit dieser Forderung an eine ihrer Grenzen. Nicht, dass sie keine Unterstützung fand, im Gegenteil. Doch meldeten sich zugleich Abgeordnete zu Wort, denen es um die Rechte der Tiere, die Rechte von Cyberorganismen und zuletzt um die Rechte der Le-

benden geht, die niemals in diese Welt geboren werden wollten. Strittig blieb dabei immer auch die Generalversammlung selbst. Wer eigentlich, so wurde gefragt, hat vorab über die Anträge entschieden, die den Abgeordneten zur Abstimmung vorlagen? Wer hat über die Einladungen entschieden, die den sechzig Abgeordneten zugingen – nicht aber den mindestens sechzig anderen, die an ihrer Stelle hätten eingeladen werden können? Warum konnte ein türkischer Abgeordneter gleich mehrmals seinen Präsidenten Erdogan verteidigen? Besonders in diesem Fall schlugen die Wellen der Empörung hoch und unterbrachen den Fortgang der Versammlung. Doch so unerträglich es war, Zeuge einer Leugnung des Genozids an den Armeniern zu werden: Wäre ein Ausschluss dieses Abgeordneten eine gute Antwort auf die Frage der Grenzen der Demokratie gewesen? Sind frühere Revolutionen nicht gerade an ihren Ausschlüssen gescheitert – und an der Gewalt, mit der sie durchgesetzt wurden?

Den Abschluss der Generalversammlung bildete eine Aktion, der ihr Regisseur Milo Rau den Namen „Sturm auf den Reichstag“ gegeben hatte. 200 Aktivisten stellten das Foto nach, das den Angriff der Bolschewiki auf das Winterpalais zeigen soll. Wir wissen, dass dieses Foto gestellt war und die Szene so nie stattgefunden hat. Wie die ganze Generalversammlung des Berliner Novembers 2017 blieb deshalb auch der Sturm auf den Reichstag ein Bühnenspiel – wenn auch ein global realistisches. Es liegt an uns, den globalen Realismus der Kunst zum Realismus einer endlich globalen Politik, einer Politik der globalen Demokratie zu machen: von jetzt an.

Weitere Informationen sowie der Beitrag von Nasir Mansoor finden sich unter www.medico.de/general-assembly

Glanz und Elend

In Ramallah haben junge Menschen mehr Freiheiten als anderswo in der Westbank. Trotzdem bleibt das Gefühl eines goldenen Käfigs.

Nachrichten aus der Vierten Welt: In Hinterzimmern in Gaza und Bars in der Westbank hinterfragen Palästinenser ihre Situation

Von Riad Othman

In letzter Zeit häufen sich Nachrichten über die Unterdrückung kritischer Stimmen in den palästinensischen Gebieten. Ohne die Perspektive einer politischen Lösung droht offenbar auch in der palästinensischen Gesellschaft eine Zerreißprobe zwischen einem zunehmend militarisierten Nationalismus und dem politischen Islam. Dazwischen drohen die zerrieben zu werden, die mit dem arabischen Frühling auch einen Aufbruch in den palästinensischen Gesellschaften erhofft hatten.

Wenige Tage vor meiner Reise riss bei der Anmeldung in einem Frankfurter Hotel in meinem Pass die Kunststoffseite mit dem Bild fast vollständig aus. Da das schon bei der Einreisekontrolle am Flughafen in Tel Aviv Schwierigkeiten bringt, mache ich auf dem Weg nach Gaza die israelische Grenzerin in Erez bewusst darauf aufmerksam. Sie arbeitet schon ein paar Jahre hier. Ich kenne ihr Gesicht und den russischen Akzent. Nach einem Anruf bei ihren Vorgesetzten verkündet sie: „Heute ist es okay. Beim nächsten Mal nicht mehr.“ Besorgt um den Zustand meines Passes, sage ich auch zum Grenzposten der Palästinensischen Autonomiebehörde (PA): „Sei bitte vorsichtig damit, der ist ein bisschen kaputt.“ Da lacht mich der Beamte an: „Wallah, hier ist eh alles kaputt.“

Die Reise mit meinem Kollegen Dieter Müller, der das medico-Büro in Israel und Palästina leitet, beginnt im Süden des Streifens, in Khan

Younis. Dort erzählt Murad Abu Daqa von dem medico-Partner Culture and Free Thought Association: „Im Krieg 2014 haben wir sehr gelitten. Ich musste einen sicheren Ort für 52 Personen aus meiner erweiterten Familie organisieren. Bei Kriegsende starb mein Vater. Trotzdem würde ich Gaza niemals den Rücken kehren.“ Murad, der bei CFTA die Finanzen verantwortet, glaubt, dass dieses Leben so für ihn bestimmt sei. „Das bin eben ich, mit all diesen Problemen. Ich will ein guter Mensch sein, möchte eine Zukunft für meine Kinder aufbauen.“ Wenn er könnte, würde er Gaza für einen Kurztrip verlassen. Aber er würde zurückkehren. „Ich möchte in Gaza leben, am Meer. Ich möchte gehört werden, damit die Leute verstehen, dass auch wir Träume haben, Familien gründen und reisen wollen, dass wir gute Nachbarn sein und funktionierende Gemeinschaften haben wollen.“ Murads Kollegin Majeda Al Saqqa ergänzt: „Gaza ist für mich wie ein Kind. Ein hyperaktives Kind. Zwischendurch brauchst du mal eine Pause.“

Wie eine bedrängte Katze

Doch eine Pause gibt es für die meisten Menschen nicht, denn ein Ende der vor nunmehr zehn Jahren von Israel verhängten Abriegelung, an der sich auch Ägypten aktiv beteiligt hat, ist nicht abzusehen. Gleichzeitig wird die Möglichkeit zu bleiben angesichts der sich ver-

schlechternden Lebensbedingungen, Umweltschäden und humanitären Katastrophen immer schwieriger. „Wenn du eine Katze in die Ecke drängst, wird sie zum Tiger“, sagt Murad über die Folgen der Blockade. „Öffne ihr die Tür und du wirst sie streicheln können.“

Es erscheint unwahrscheinlich, dass die Schaffung einer Übergangsregierung unter Beteiligung von Fatah und Hamas – sollte es dazu kommen – die Lage des Küstenstreifens deutlich verbessern wird. Ohne politischen Einsatz dritter Akteure wird die Regierung unter Benjamin Netanyahu kaum ihren Kurs ändern, weder gegenüber Gaza noch in der Frage der fortschreitenden Besiedlung der Westbank. Der Premierminister hat bereits angekündigt, mit keiner palästinensischen Regierung zu verhandeln, an der die Hamas beteiligt sei, und versucht so, die Aussöhnung zu unterminieren. Bassam Zaqout vom medico-Partner Palestinian Medical Relief Society erklärt, wie sich die Abriegelung auswirkt: „Die jungen Leute haben heute einen sehr engen Horizont. Sie hatten nicht die Chance, irgendwo anders zu leben oder gar im Ausland zu studieren. Ich habe acht Jahre lang in Russland gelebt und dort etwas über Unterschiede gelernt. Wir müssen Diversität akzeptieren.“

Der Raum für Diversität ist in der Küstenenklave deutlich geschrumpft. Eine Folge der Abriegelung ebenso wie der Herrschaft der Hamas, die für das Erstarken einer politisch und religiös motivierten Kontrolle und Marginalisierung Andersdenkender sorgt. Der Maler Shareef Sarhan von der kleinen Künstlerwerkstatt und Galerie Shababek (arabisch, Plural für Fenster) in Gaza-Stadt trägt sein Haar lang und raucht selbstgedrehte Zigaretten. Mit Unterstützung medicos bietet er jungen Künstlern und Künstlerinnen einen Raum für ihre Arbeit und inhaltliche Auseinandersetzungen mit Kollegen. Vor allem aber versucht er, Tabus aufzubrechen

und Grenzen zu überwinden, reale wie intellektuelle. Deshalb organisiert er auch den Austausch zwischen der Gruppe und professionellen Künstlerinnen und Künstlern in London, Amman, im Westjordanland und anderswo. Ein Austausch, der nur online möglich ist.

Später sind sechs junge Frauen und vier Männer bei Shareef zu Gast, Teil der kleinen Kunstszene. „Mir sind Begegnungen und Austausch extrem wichtig. Das finde ich hier in Gaza fast nirgends mehr“, erzählt Mohammad Al Hadsh. Eine Künstlerin berichtet, dass sie das Thema Nacktheit bei der Skulptur eines weiblichen Körpers bewusst stark abstrahiert habe. „Sonst wäre das für die Leute hier völlig inakzeptabel.“ Shareef äußert: „Das ist das, was zehn Jahre im Belagerungszustand“ – er scheint damit nicht nur die Abriegelung durch Israel zu meinen – „mit den Menschen macht. Aber wir versuchen den Künstlern beizubringen, die Grenzen des Sagbaren langsam wieder zu erweitern.“

Freiheit, Nationalstolz, Konsum

Ortswechsel. Ramallah, der Sitz der palästinensischen Autonomiebehörde in der Westbank. Ähnlich wie Tel Aviv in Israel ist Ramallah auf der palästinensischen Seite der Ort, der junge Leute mehr Freiheiten atmen lässt als anderswo in der Westbank. Aber selbst hier fühlen sie sich wie auf einer einsamen Insel. „Ich schäme mich, wenn ich Freunden in Gaza davon erzähle, dass ich mich in Ramallah fühle, als müsste ich ersticken“, gesteht uns ein Aktivist. „Aber das hier ist ein Käfig aus Gold. Egal, in welche Richtung ich gehe, stoße ich nach drei Kilometern gegen eine Mauer.“ Seinen Namen will er nicht sagen. Er erzählt, dass er von israelischen Sicherheitskräften verhaftet und angeschossen wurde. Doch auch der palästinensische Geheimdienst habe ihn schon dreimal verhaftet, weil er mit Freunden in einem Café über Politik

Foto: Gordon Welters



Weit ist nur der Horizont. In Gaza lassen Hamas-Politik und Abriegelung den Raum für Diversität schrumpfen.

diskutiert und das Präsidialregime unter Abbas kritisiert hatte. Er wurde schwer misshandelt.

Im Norden der Westbank beschreibt ein Professor für internationale Beziehungen an der An-Najah-Universität in Nablus, wie sich die Eliten in den letzten 30 Jahren verändert haben: „Mit der ersten Intifada kehrte eine politische Führung aus den Flüchtlingslagern außerhalb Palästinas im Rahmen des Oslo-Prozesses und in der Hoffnung auf eigene Staatlichkeit zurück. Die soziale Umstrukturierung fand dann vor allem nach der palästinensischen Spaltung ab 2007 statt, weil der wirtschaftliche und politische Druck deutlich zunahm.“ Die PA habe sich dem internationalen Einfluss, der mit Politik und Geld ausgeübt wurde, bedingungslos geöffnet. „Eine neue Wirtschafts- und Politikelite hat die alte Führung ersetzt, manche der Kader haben sich angepasst. Die heutige Führung ist vor allem mit dem Privatsektor und NGOs verbunden, nicht mehr mit der PLO.“ Jährlich gingen etwa 1,6 Milliarden US-Dollar an palästinensische NGOs. „Diese soziale Umstrukturierung dauert an und verändert das Selbstbewusstsein der palästinensischen Gesellschaft.“

Er nennt ein Beispiel: Während des letzten Hungerstreiks der palästinensischen Häftlinge in israelischen Gefängnissen – früher ein Moment intensiver politischer Mobilisierung – brachten die Fraktionen der PLO nur sehr wenige Menschen für Solidaritätskundgebungen auf die Straße. Palästinensische Unternehmen dagegen stellten ihre Angestellten zum Teil für Demonstrationen ab und nutzten sie, um ihre Sichtbarkeit als Marken sicherzustellen und ihre Produkte pseudopatriotisch aufzuladen. Freiheit, Nationalstolz, Konsum – alles werde vermischt. „Es geht nur noch um Unternehmertum. Es ist keine Rede mehr davon, welche Bedingungen dazu führen, dass manche Menschen Chancen haben, die Mehrheit aber nicht. Keine Diskussion über Neoliberalismus. Das ist der neue Führungstyp und fast alle machen dabei mit.“ Das Phänomen, dass abgehängte Bevölkerungsschichten an Orten der Ausgrenzung konzentriert und von einem zunehmend repressiv agierenden Polizeiapparat in Schach gehalten werden sollen, sei keineswegs auf die besetzten Gebiete beschränkt. „Das findest du in den schäbigen Teilen der USA, in den Vororten von Paris und im Zentrum von Ramallah.“

Ich nenne das die Vierte Welt.“ Besonders in Palästina sei nur, dass sich hier die ethnoreligiöse Zugehörigkeit mit der Klassenfrage mischt.

Eine wesentliche Lehre aus der ersten Intifada war aus israelischer Sicht die Notwendigkeit der möglichst umfassenden Entflechtung der israelischen Besatzungstruppen von der palästinensischen Bevölkerung, um das Potential für Zusammenstöße durch Proteste zu verringern. Mit den Osloer Abkommen zog sich die israelische Armee nominell aus den palästinensischen Bevölkerungszentren zurück und „übergab“ 90 Prozent der Palästinenser in den A- und B-Gebieten an die neu geschaffene Autonomiebehörde, während Israel über 60 Prozent der Westbank, die C-Gebiete, die alleinige Kontrolle behielt. Der Professor beschreibt die Folgen: „Wir haben die Fähigkeit verloren, die Besatzung zu konfrontieren. Wenn wir protestieren, gehen wir auf die zentralen Plätze unserer Städte und schreien ins Nichts. Israel hat alle unsere Kapazitäten, Widerstand zu leisten in einen Strohmann namens Autonomiebehörde verwandelt. Ich wusste, dass Oslo nicht gut war. Aber ich hätte mir nicht vorstellen können, dass es uns in Stellvertreter verwandeln würde.“

Hoffnung – nur worauf?

Zurück in Ramallah sprechen wir in einer Bar mit einem Blogger, der ebenfalls anonym bleiben will. Die Szene steht unter wachsendem Druck durch die PA. „Ich habe nie auf einen eigenen Staat gehofft. Das bedeutet mir nichts. Ich hoffe nur auf eines: Bewegungsfreiheit.“ Den Apparat der Autonomiebehörde sieht er nicht nur als Ergebnis der Osloer Verträge von 1993, in denen der Autonomiestatus als Übergangsmo-
dell zu einem eigenen Staat verabredet wurde. „Schon vor Oslo agierte die PLO in verschiedenen Ländern als Staat im Staate. Das hat sie hier als PA fortgesetzt.“ Der Blogger

kritisiert die internationalen Geber, weil sie im Namen von Demokratie und Menschenrechten Projekte mit dem Sicherheitsapparat fördern, die die Beziehungen zwischen den Diensten und der Bevölkerung verbessern sollten. „Das ist Quatsch. Die Polizei und Geheimdienste hassen jede Kontrolle ihrer Arbeit.“ Der Grund für die Unterdrückung auch durch die eigenen Leute sei die Hegemonie einer geheimdienstlichen und militärischen Logik. „Polizei und Geheimdienst sind hier darauf programmiert, die Eliten zu schützen. Sie sehen sich als Hüter von Recht und Ordnung, die aber selbst über dem Gesetz stehen. Es sind die alten Kader aus den Jahren in Libanon, die einst in Ägypten und Jordanien ausgebildet wurden und das an die nächste Generation weitergegeben haben.“ Die Besatzung sei wie ein Fünf-Sterne-Gefängnis: Wer Geld habe, könne gut leben, mit dicken Autos und Konsumgütern aller Art. Über Jordanien gebe es einen Korridor nach draußen. Privilegiertere könnten sogar über den israelischen Flughafen Ben Gurion ausreisen. „Das Problem ist, dass selbst wir Palästinenser aufgehört haben, die Mauern und die Siedlungen zu sehen.“

Neben vielen Partnerinnen und Partnern unterstützt medico die Arbeit der Künstlerwerkstatt Shababek und das Ringen der Culture & Free Thought Association in Khan Younis um Freiräume, vor allem für Kinder, Jugendliche und Frauen, sowie die medizinische und psychosoziale Begleitung von Krebspatientinnen. Die Palestinian Medical Relief Society arbeitet im Gaza-Streifen, aber auch in der Westbank. Dort vor allem in den C-Gebieten, um die dortige Bevölkerung in ihrem Kampf um das Recht zu bleiben zu unterstützen.

Spendenstichwort: Israel/Palästina

Die, die immer da sind

Die syrische Zivilgesellschaft ist divers und stärker als vermutet. Das Beispiel Jafra

Von Katja Maurer

Der Krieg in Syrien wird nicht schnell zu Ende gehen, sagt Wesam Sabaaneh. Der Direktor der syrisch-palästinensischen Organisation Jafra sitzt im medico-Sitzungssaal mit Blick auf den Main. Doch er scheint eher nach innen zu schauen, in die zerhauene syrische Landschaft, die jeder und jede von dort mit sich herumträgt. Sein Blick ist der eines Syrers mit palästinensischen Wurzeln, die durch das generationenübergreifende Trauma der Vertreibung besonders stark sind. Der Enddreißiger verwirft im Gespräch jede Hoffnung, dass ein von außen aufgezwungener Friede, und sei es von den Russen, zumindest die Waffengewalt beenden könne. „Das ist kein Bürgerkrieg, das ist ein internationaler Krieg, in dem die lokalen Kräfte lediglich Werkzeuge sind“, so Sabaaneh. Die jüngste Eskalation mit dem möglicherweise durch Saudi-Arabien erzwungenen Rücktritt des libanesischen Präsidenten Hariri, der das sensible Gleichgewicht im Libanon gefährdet, zeigt, wie recht er hat.

Insofern sollte man sich in Westeuropa nicht in trügerischer Ruhe wiegen. Hier, so scheint es, haben die Pläne, die von den Gipfeltreffen unter russischer Ägide im kasachischen Astana ausgehen und von der Assad-Regierung umgesetzt werden sollen, viele eingelullt. Zu groß scheint die Hoffnung auf Lösungen eines schier endlosen Konfliktes und umso mehr klammert man sich an die wohlfeilen Reden von Deeskalationszonen und Versöhnungsge-

sprächen – zumal auch einige der internationalen Akteure wie der Iran, die Türkei und Russland mit am Tisch sitzen. Auf dem syrischen Boden der Tatsachen sieht das allerdings anders aus. Auch in den vier Deeskalationszonen schweigen die Waffen nicht. Was in Astana verhandelt wird, ist kein Ausgleich, sondern der Abzug der bewaffneten Gruppen und die Rückkehr unter die Kontrolle der Regierung. Führen die Verhandlungen zu keinem Ergebnis, werden die alten Taktiken wieder angewandt: Belagerung und Bombardierung. Solche Belagerungen haben die Jafra-Kollegen unter anderem in Yarmouk, aber auch im südlich von Damaskus gelegenen Palästinenserlager Khan Eshie selbst miterlebt. Yarmouk war in der schlimmsten Phase der Blockade ein Jahr lang vollkommen von der Außenwelt abgeschieden. 200 Menschen sind an Hunger gestorben. Diese völkerrechtswidrigen Belagerungen werden mit dem Argument legitimiert, Terroristen zu bekämpfen. Argumente, die man vom sogenannten Krieg gegen den Terror genauso kennt wie von israelischen Angriffen auf Gaza.

Zermüpfungstaktik

In Syrien führen die Blockaden ganzer Regionen, die wie in Yarmouk auch über einen langen Zeitraum schonungslos durchgehalten werden, zum gewünschten militärischen Ergebnis: Die Zivilbevölkerung bittet schlussend-

lich die bewaffneten Kräfte um Abzug. Die Entbehrungen sind so groß, dass auch diese Kräfte irgendwann gehen. Dann setzt der sogenannte Versöhnungsprozess ein. Die Versöhnung, so beschreiben es die Kollegen von Jafra, heiße häufig nur, dass nun die syrische Armee wieder Männer für ihre Armee rekrutiere. Wiederaufbau findet keiner statt. Was in Regionen wie in Deir-ez-Zor geschehen wird, in die die bewaffneten Assad-Gegner verschiedener Couleur gebracht werden, möchte man sich lieber nicht vorstellen. Da alle als Terroristen klassifiziert sind, schützt sie kein Gesetz. Außerdem sind sich die Gruppen untereinander feind. So kommt es auch unter ihnen zu gewaltsamen Auseinandersetzungen. Wie nebulös das Terrorismus-Etikett ist, wird an einem Beispiel deutlich, von dem die Jafra-Kollegen erzählen: Auch einige ihrer einstigen Freunde sind beim IS gelandet – aus ökonomischen Gründen. Gerade in den belagerten Gebieten sind lediglich die bewaffneten Kämpfer noch gut mit Lebensmitteln versorgt. So schafft die Kriegsökonomie auch die Terroristen, die der Krieg der Assad-Regierung angeblich beseitigen will.

Jafra betrachtet sich selbst als Teil der Kriegsökonomie. Wesam Sabaaneh meint, dass die organisierte syrische Zivilgesellschaft Hilfgelder in erheblichen Summen aus dem Ausland erhalte. Auch das sei eine Macht, mit der man gestalten könne. Die Freiwilligen von Jafra gehören den lokalen Bürgerkomitees an. In den palästinensischen Gemeinden setzen sie sich aus Gegnern und Befürwortern der Assad-Regierung zusammen. Die sich daraus ergebenden Konflikte werden offenbar vom palästinensischen Nationalgefühl überformt und ausgehalten. Das mag daran liegen, dass es für die Palästinenser in Syrien um viel geht. Die Mehrheit der 438.000 palästinensischen Flüchtlinge, die sich weiterhin in Syrien aufhalten, sind laut der UN-Hilfsorganisation UNWRA mindestens einmal aus ihren Wohnorten vertrieben worden.



Einst lebten 220.000 Menschen in Yarmouk. Sie ist eine von den 10.000 Verbliebenen.

Zurzeit sind 280.000 Palästinenserinnen und Palästinenser intern Vertriebene, leben also in Notbehelfen oder bei Verwandten. Zusätzlich sind seit Beginn des Konfliktes 120.000 palästinensische Flüchtlinge in die Nachbarländer oder nach Europa geflohen.

Yarmouk war das einst blühende Zentrum palästinensischen Lebens in Syrien. Eine Art Hauptstadt, moderner und freier als andere palästinensische Zentren. Dann kamen der Krieg, die Blockade und schließlich der IS. Nun leben nur noch wenige Tausend Menschen in den Trümmern. Eine arabische Zeitung titelte kürzlich, dass nur die Leichen der einstigen Bewohner auf den Friedhof von Yarmouk zurückkehren könnten. Für Wesam Sabaaneh, der in Yarmouk geboren und aufgewachsen ist, liegt die größte Herausforderung darin, ein palästinensisch geprägtes Yarmouk wiederaufzubauen. Es gelte zu verhindern, dass es so werde wie Ein El-Hilweh im Libanon, wo die Rechtlosigkeit der Bewohner und die Einflüsse von islamistischen und kriminellen Banden eine Situation der permanenten Unsicherheit und Gefahr erzeugen. Eine der Gefahren liegt darin, dass islamistische Gruppen eine prägende Rolle in einem Nachkriegs-Yarmouk beanspruchen. Hinzu kommt,

dass die syrischen Palästinenser durch ihre Flüchtlingsherkunft ungleich verletzlicher sind als viele andere Syrer. Ihr bescheidener Wohlstand vor dem Krieg ist vernichtet, alle Reserven für einen möglichen Wiederaufbau sind aufgebraucht. Sabaaneh verweist auf die Erfahrungen aus dem Libanon, wo palästinensische Gruppierungen eine wichtige Rolle im Bürgerkrieg spielten. Die palästinensischen Flüchtlinge im Libanon, deren Situation eine besondere Form von Rechtlosigkeit hat, zahlen hierfür bis heute den Preis. Diese Fehler wolle man nicht wiederholen und ergreife daher in der innersyrischen Auseinandersetzung keine Partei.

Das palästinensische Dilemma

Trotzdem waren auch junge Palästinenserinnen und Palästinenser Teil des demokratischen Aufbruchs im arabischen Frühling. Den egalitären Geist kann man bis heute im jungen Team von Jafra beobachten, dem auch viele Frauen angehören. Der Preis ist hoch. 500 Palästinenserinnen und Palästinenser sind in den staatlichen Gefängnissen ums Leben gekommen. Viele von ihnen wurden gefoltert und vergewaltigt. Bis heute gibt der syrische Staat nur selten die Leichen frei, was die Ungewissheit über das Schicksal von Angehörigen und Freunden noch größer macht. Dieses Schicksal ist auch Gegenstand des kürzlich erschienenen Buches „Palestinians in Syria“ von der Sozialwissenschaftlerin Anaheed Al-Hardan. Hier wird der palästinensische Exodus aus Syrien als zweite Nakba [Vertreibung aus Palästina durch die israelische Staatsgründung] bezeichnet. Die Autorin zitiert eine Stimme so: „Palästina, das Land, von dem wir alle träumten, bestimmte unsere Lebenspassion, unsere Rufe auf den Demonstrationen zum Tag des Landes, und unterbrach die Routine in unseren armseligen Lebensbedingungen. Aber mit dem Tod unter Folter im Assad-Gefängnis von Hassan, davor der Tod von

Ahmad Kosa und vor ihm von Ghassan Shibabi, mit all den verlorenen Leben, ist Palästina für mich unbedeutender geworden.“

Erstaunlicherweise aber sehen die Kolleginnen und Kollegen von Jafra nach wie vor Spielräume für die zivilgesellschaftlichen Organisationen, die geblieben sind. Sie nutzen ihre Möglichkeiten, zwischen den Fronten Menschen zu helfen und ein würdiges Leben selbst unter diesen Bedingungen zu führen. Das bedeutet vor allem, ein solidarisches Miteinander aufrechtzuerhalten. Sei es durch Schulunterricht, der freies Denken lehrt, sei es durch das Teilen des Wenigen, was da ist. „Dort, wo wir arbeiten, sind mit den Jahren zum Teil sieben verschiedene bewaffnete Gruppen und Armeen gekommen und wieder abgezogen. Aber wir sind geblieben“, so Sabaaneh. Dieses Durchhaltevermögen der Zivilgesellschaft gebe es überall in Syrien. Sie sollte sich dieser Stärke bewusst sein.



Nach über zwei Jahren unter Kontrolle des IS und seit vier Jahren von jeder Hilfe abgeschnitten: die Erinnerung an das einst blühende Yarmouk verblasst.

Fundamentales Verbrechen

Syrien. Die Region Ost-Ghouta unterliegt einer kompletten Blockade, 400.000 Menschen sind bedroht. Ein Interview mit Till Küster



Till Küster ist medico-Projekt Koordinator für Syrien.

Erschütternde Bilder hungernder Babys haben wieder die Aufmerksamkeit auf Syrien gelenkt. Die Bilder kamen aus Ost-Ghouta, eine Region nahe bei Damaskus, in der 400.000 Menschen leben. medico unterstützt dort verschiedene Partner. Wie ist die Lage vor Ort?

Till Küster: Ost-Ghouta ist eine strategisch wichtige Region und mit die wichtigste, die noch von der Opposition kontrolliert wird. Das Assad-Regime wird über kurz oder lang versuchen, sie zurückzuerobern. Daher belagert die Armee die Gegend seit vielen Jahren. Solche Blockaden von Gebieten, in denen sich Zivilbevölkerung aufhält, sind eine fundamentale Verletzung des Völkerrechts und lassen sich auch nicht damit rechtfertigen, dass dort tatsächliche oder vermeintliche islamistische und terroristische Kämpfer aktiv sind. Seit medico Projekte in Syrien fördert, sind wir immer wieder mit dieser

Blockadepolitik als Teil der Kriegsführung Assads konfrontiert. Es ist einfach unverständlich, stets mitansehen zu müssen, wie wenig Aufmerksamkeit solche Kriegsverbrechen in der Weltöffentlichkeit hervorrufen.

Hat sich die Lage nun noch verschärft?

Ost-Ghouta liegt ja direkt vor den Toren der Hauptstadt, nur wenige Kilometer vom Stadtzentrum entfernt. Es gab ein weitverzweigtes System an Versorgungstunneln, durch die auch wichtige Lebensmittel und Waren nach Ost-Ghouta gelangten. Diese Tunnel wurden im März 2017 durch die Regierungstruppen gesprengt. Seither sind die Lebensmittelpreise um das Vier- bis Fünffache gestiegen. Die Menschen haben eine hohe Selbstversorgungsrate. Jetzt aber beginnt der Winter und die Lebensmittel aus dem Eigenanbau gehen zur Neige. Wir müssen davon ausgehen, dass es noch zu weiteren dramatischen Bildern kommt.

Jetzt kam ein UN-Konvoi mit Lebensmitteln durch. Ein Zeichen der Hoffnung?

Der Zeitpunkt der Hilfslieferungen fällt zusammen mit den gerade begonnenen siebten Astana-Gesprächen, sicherlich kein Zufall. Der Konvoi brachte Lebensmittel für 40.000 Menschen. Angesichts von 400.000 Bewohnerinnen und Bewohnern ist das ein Tropfen auf den heißen Stein. Die Vereinten Nationen erhalten nur sehr selten die Genehmigung des Regi-

mes, Hilfslieferungen in belagerten Gebieten durchzuführen. Sie sind an diesem Punkt total abhängig. Die Verknappung von Lebensmitteln ist Teil einer Strategie, um Widerstand zu brechen und Gebiete der Opposition zurückzuerobern. Ob Checkpoints hin und wieder geöffnet werden, hängt allein vom Goodwill einer Kampfpartei und einzelner Warlords ab, die

„Im Syrien-Konflikt herrscht eine Kriegsökonomie auf Kosten der Zivilbevölkerung.“

auch eigene finanzielle Interessen verfolgen und die Preise auf den lokalen Märkten diktieren. Im Syrien-Konflikt herrscht eine Kriegsökonomie auf Kosten der Zivilbevölkerung.

Ost-Ghouta ist eine Deeskalationszone. Es gibt Verhandlungen zwischen Assad-Regierung und einzelnen Rebellengruppen vor Ort. Ein Weg zur Regulierung des Konflikts?

Im Mai 2017 wurden bei den regelmäßig stattfindenden Verhandlungen in Astana vier solcher Deeskalationszonen in Syrien geschaffen. Diese Zonen sind von Russland und dem Assad-Regime eingerichtet worden, um ihren „Friedenswillen“ zu beweisen, aber auch, um die Türkei und den Iran einzubinden als Akteure, die diese Zonen kontrollieren und – zumindest offiziell – die Einhaltung von lokalen Waffenstillständen durchsetzen sollen. Gleichzeitig konnte das Regime dadurch Militäreinheiten vom Westen in den Osten des Landes verlagern, um dort wichtige Gebiete vom sogenannten Islamischen Staat zurückzuerobern. Und an Ost-Ghouta kann man sehen, wie schnell sich eine Deeskalationszone in eine Eskalationszone zurückverwandelt. So gab es in der Vergangenheit Abkommen, dass schwer kranke Kinder mit ihren Eltern die Region

wegen eines Krankenhausaufenthaltes verlassen können. Jetzt gibt es kein Herauskommen mehr. Unter dem Vorwand der Terrorbekämpfung finden fast täglich massive Bombardierungen öffentlicher Einrichtungen wie Schulen, Märkte und Krankenstationen statt. Zurzeit sind alle Checkpoints nach Ost-Ghouta geschlossen. Das alles deutet auf eine Zuspitzung der Lage hin.

Welche Projekte unterstützt medico in der Region?

Wir unterstützen gemeinsam mit Adopt a Revolution säkulare Schulen in Erbin. Viele Tausend Kinder werden dort seit Jahren unterrichtet. Wegen den ständigen Bombardements findet der Unterricht meistens unter der Erde statt. Es geht darum, auch unter diesen Bedingungen für die Kinder so viel Normalität wie möglich zu schaffen und zu verhindern, dass sie streng religiöse bzw. islamistische Schulen besuchen müssen. Außerdem unterstützen wir ein Frauenzentrum in Douma. Und wir haben in den letzten Monaten mit Unterstützung des Auswärtigen Amtes immer wieder humanitäre Nahrungsmittelhilfe über lokale Partner an über 2.000 Familien organisiert. Aktuell organisieren wir Winterhilfe wie Feuerholz und Öfen.

Interview: Katja Maurer

Mehr unter www.medico.de/syrien

In den syrisch-palästinensischen Gebieten, aber auch in der Region Ost-Ghouta, die gerade unter erheblichem Beschuss steht, unterstützt medico lokale Partner, die auf verschlungenen Wegen Nothilfe für Belagerte leisten, aber auch Schulunterricht für Kinder oder die Vertretung von Frauenrechten gewährleisten.

Spendenstichwort: Syrien

Projekte Projektionen



Foto: GK

Bald kommt der Regen
Bangladesch: Nothilfe für vertriebene Rohingyas geht weiter

Auf der Rückseite des letzten medico-rundschreibens war ein Brief vom medico-Partner Gonoshasthaya Kendra (GK) aus Bangladesch abgedruckt. Darin schildert Dr. Manzur Kadir Ahmed die Bedingungen, in denen sich die 300.000 binnen weniger Tage aus Myanmar geflüchteten Rohingyas wiederfanden. In vier Worten: „Das Leid ist unbeschreiblich.“ Knapp drei Monate sind seitdem vergangen und die internationale Aufmerksamkeit ist weitgehend verfliegen. Vor Ort sind aus 300.000 längst 700.000 bis 1,2 Millionen Geflüchteten geworden. Nach wie vor fehlt es an Grundsätzlichem, regenfeste Behausungen, Nahrung, sanitäre Anlagen, eine Gesundheitsversorgung. Unterstützt mit Nothil-

fegeldern von medico, betreibt GK inzwischen 13 mobile Kliniken in den Distrikten Cox's Bazar und Bandarban. Sultan Mahmud, verantwortlich für das Hilfsprogramm von GK, beschreibt die Situation so: „Wir müssen nicht nur die akuten Erkrankungen behandeln, sondern immer auch die Verletzungen, die den Menschen bei der Vertreibung zugefügt wurden: Brand-, Schnitt- und Schusswunden, die Erschöpfung, schließlich die Trauer über den Verlust von Verwandten und Freunden, des bisher gelebten Lebens und allen noch so ärmlichen Besitzes. Unter diesen Bedingungen müssen wir mit einem dramatischen Anstieg der Erkrankungen und mit dem Ausbruch von Epidemien rechnen.“ Demnächst beginnt die Regenzeit.

Spendenstichwort:
Nothilfe Bangladesch

Isolation überwinden

Ägypten. Unterstützung für Geflüchtete aus Syrien

Ob Flucht gelingt und wie sie verläuft, ist in höchstem Maß von den politischen Konstellationen abhängig. Das haben auch die Syrerinnen und Syrer zu spüren bekommen, die angesichts des Krieges nach Ägypten aufgebrochen sind. Unter Präsident Mursi, erklärter Gegner des Assad-Regimes, waren sie noch willkommen, erhielten Zugang zu Schulen und Gesundheitseinrichtungen. Das änderte sich, als sich der Ex-Armee-Chef Al Sisi 2013 an die Macht putschte. Zunehmend ausgegrenzt, versuchen viele nun über das Meer nach Europa zu kommen. Längst aber hat Kairo als „Partner Europas“ die Fluchtwege dichtgemacht. Die Geflüchteten stecken in einer Sackgasse, in der sich ihre Lage zuse-

hends verschlechtert. An den Stadträndern der Hafenstadt Alexandria versuchen Tausende über die Runden zu kommen. Genau hier setzt der neue medico-Partner Torraha for Culture and Art an. Als Teil einer lebendigen Kunstszene der Stadt versucht die Organisation vor allem für sozial Benachteiligte Räume zu verteidigen und Perspektiven zu schaffen. Nun will Torraha mit künstlerischen, handwerklichen und sozialen Angeboten in der Innenstadt die Isolation der Flüchtlingsfamilien überwinden. Vor allem die Frauen sollen darin gestärkt werden, Anschluss an die lokale Ökonomie und eine bessere Integration in die Stadtgesellschaft zu erlangen – damit ihre Familien doch irgendwann in einem menschenwürdigen Leben ankommen, sei es in Ägypten, Syrien oder Europa.

Spendenstichwort: Ägypten

Bleiben als Widerstand

Südosttürkei: Kurdischer Wiederaufbau macht Fortschritte

Per Email hat medico in den vergangenen Tagen einige Kurzvideos erhalten, auf denen Kurdinnen und Kurden, von ganz jung bis sehr alt, vor grau verputzten Häusern stehen. Es sind Botschaften des Stolzes, der Freude und auch des Dankes. Sie alle hatten in den vergangenen zwei Jahren ihr Zuhause in den Städten der Region verloren, die meisten in Sirnak. Gezielt hatte der Staat die vorwiegend kurdischen Viertel verwüstet und entvölkert. Doch so minutiös diese Vertreibungen geplant waren und so brachial sie durchgesetzt wurden: Die Menschen haben sich nicht aus der Region vertreiben lassen. Viele sind in Dörfer im Umland zurückgekehrt, aus denen sie einst vertrieben worden waren. Hier fangen sie

abermals neu an. Angesichts der herrschenden Politik in der Türkei ist das selbst schon ein Akt des Widerstandes und der Selbstbehauptung. Zur Koordinierung des Wiederaufbaus hat sich eine Kommission gegründet. Das Ziel ist, mindestens 1.000 Häuser zu errichten. Begünstigt werden Familien, deren Not am größten ist. Sie können selbst entscheiden, wie sie ihre Häuser gestalten wollen und ob sie alleine oder zusammen mit anderen Familien leben möchten. Die Häuser werden in Eigenleistung und unter tatkräftiger Mithilfe anderer Dorfbewohner errichtet. Auf diese Weise sind bereits mehr als 300 Häuser entstanden, einige Dutzend davon mit von medico weitergeleiteten Spendengeldern. Und weil es so gut vorangeht, hat medico Mittel für weitere Häuser bereitgestellt.

Spendenstichwort: Türkei/Kurdistan

Vom weißen Fleck zum Frontstaat



An der Großen Moschee in Agadez: Die Menschen im Niger lehnen die europäische Militärpräsenz ab, zumal sie nicht vor Anschlägen schützt.

Der Bürgerrechtler Moussa Tchangari über die dramatischen Auswirkungen der europäischen Politik auf den Niger



Foto: Reuters



Moussa Tchangari ist Generalsekretär der nigrischen Nichtregierungsorganisation Association Alternative Espaces Citoyens, die dem von medico geförderten Partnernetzwerk in Westafrika angehört.

Länder der Sahelzone wie der Niger waren lange Zeit auf der politischen Weltkarte Deutschlands wenig präsent. Das hat sich – im Namen von Terrorbekämpfung und Migrationsabwehr – verändert. Im vergangenen Jahr besuchte Angela Merkel den Niger, als erste deutsche Regierungschefin überhaupt. Ende September 2017 warst du vom Deutschen Bundestag eingeladen, um über die Sicherheitssituation in der Sahelzone zu sprechen. Was ist deine wichtigste Botschaft?

Moussa Tchangari: Länder wie Niger gelten als gescheiterte Staaten. Die größte Herausforderung vor Ort liegt darin, eine Regierung zu bilden, die in der Lage ist, den Abstieg aufzuhalten.

ten. Das geht aber nur, wenn man versteht, wie Niger in diese Lage geraten ist. Das versuche ich zu erklären. In erster Linie ist es Folge einer jahrelang verfolgten Strukturpolitik, die die öffentlichen Dienstleistungen zerstört hat, im Gesundheitssektor, im Bildungsbereich, bei

„Seinen Bürgerinnen und Bürgern begegnet der Staat ausschließlich in Form von Gewalt und Korruption.“

der Lebensmittelversorgung, letztlich in allen grundlegenden Bereichen. Nach dem Ende des Kolonialismus hatte der Staat eine Schlüsselfunktion in der Wirtschaft und im sozialen Bereich. Inzwischen herrscht er nur noch über die Macht seiner Apparate, vor allem die Verwaltung und die Armee. Seinen Bürgerinnen und Bürgern begegnet der Staat ausschließlich in Form von Gewalt und Korruption. Die Menschen erleben viel Ungerechtigkeit und haben gelernt, dass der Staat sie nicht schützt. Das Ergebnis ist ein großes Misstrauen gegenüber dem Staat, was schließlich zu Revolte und Radikalisierung führt.

Worauf zielt diese Revolte?

Es gibt viele Menschen, die sich organisieren, um einen politischen, demokratischen Kampf für Veränderung zu führen. Aber sie sind noch zu schwach. Die Bevölkerung ist erschöpft, sie möchte, dass endlich etwas passiert. Daher sind die Erzählungen der Dschihadisten für manche so verlockend. Auch wenn sie nicht sagen können, wie ihr islamischer Staat genau aussehen soll, ist ihre Losung für viele nachvollziehbar: Das existierende System funktioniert nicht, es ist ungerecht und korrupt – und das liege daran, dass es nicht den Regeln des Islams folgt. Daher müsste man es zu Fall brin-

gen. Damit sprechen die Dschihadisten vor allem junge Leute an, die keine Perspektive haben. Wenn jemand vorschlägt, eine Bombe zu legen, sind manche dazu bereit.

Angesichts der Perspektivlosigkeit entschließen sich aber auch viele zur Migration.

Auch die Migration ist eine Antwort des Volkes auf die fehlenden ökonomischen und sozialen Perspektiven und auf die Abwesenheit eines funktionierenden Rechtsstaates. Hinzu kommt der Klimawandel, der die Landwirtschaft und die Ernährungssicherung in den Sahelländern immer schwieriger macht. Die Leute verlassen das Land, um irgendwo zu leben, wo sie etwas zu essen finden. Aber ob die Leute sich entschließen, hier für Veränderungen zu kämpfen oder ob sie versuchen, das Land zu verlassen: Sie revoltieren in beiden Fällen gegen ihre Lebensbedingungen.

Unter dem Stichwort der Terrorbekämpfung beteiligt sich neben Frankreich, den USA und Italien inzwischen auch Deutschland an den internationalen Militärbasen in der Sahelzone. Wie werden diese wahrgenommen?

Sie werden allesamt sehr negativ gesehen. Die Leute können den Nutzen für sich nicht erkennen. Die Basen werden errichtet und kosten sehr viel Geld. Trotzdem gibt es nach wie vor Anschläge bewaffneter Gruppen gegen die Zivilbevölkerung mit vielen Toten. Ganze Dörfer werden entvölkert. Was also bringen die Armeen aus aller Welt, wenn sie die Menschen nicht vor dem Terror schützen? Wo sind die Amerikaner und die Deutschen, wenn eine bewaffnete Gruppe ein Dorf angreift? Die Leute sehen, dass die Armeen nicht hier sind, um sie zu schützen. Warum dann? Vielleicht wollen sie das Land zerschlagen, neue Grenzen ziehen und die Reichtümer rauben. Frankreich hat aufgrund der Kolonialgeschichte ein besonders negatives Image. Weil Deutschland nun plötzlich an der Seite Frankreichs präsent ist,

stehen beide Länder im Verdacht, gemeinsam die Hegemonie in der Region übernehmen und sie rekolonisieren zu wollen.

Der Niger ist einer der Hauptnutznießer des Treuhandfonds, den die EU mit Geldern der Entwicklungszusammenarbeit eingerichtet hat. Migration nach Europa soll dadurch verhindert werden, indem Investitionen internationaler Unternehmen in Afrika erleichtert werden.

Das ist ein Bluff. Man kann in Afrika keine Arbeitsplätze schaffen, wenn man es nicht einmal für seine eigenen Bürgerinnen und Bürger in Europa hinbekommt. Vor allem aber darf man die Reformen nicht vergessen, die mit den Strukturprogrammen in den 1980er Jahren verbunden waren. Es gab Reformen des Ar-

„Man hat den Investoren Tür und Tor geöffnet und alles für sie getan. Aber sie sind trotzdem nicht gekommen.“

beitsgesetzes, die den Arbeitsmarkt dereguliert haben, der Minengesetze, der Ölgesetze, der Investitionsgesetze und vieler mehr. Sie alle haben letztlich die vorteilhaftesten Bedingungen für die Unternehmen geschaffen. Über Jahrzehnte wurde das Land geöffnet und vollständig liberalisiert. Man hat den Investoren Tür und Tor geöffnet und alles für sie getan. Aber sie sind trotzdem nicht gekommen. Und die wenigen, die es getan haben, investieren in die Ausbeutung des Öls und der Minen. Andere Konzerne – nicht nur aus Europa, sondern auch aus den Golfstaaten und aus China – investieren in die Landwirtschaft. Das sind keine Philanthropen. Sie nehmen Ländereien, die zum Beispiel von 5.000 Bauern bewirtschaftet werden, und modernisieren den Ackerbau.

Eine industrialisierte und profitorientierte Landwirtschaft braucht aber nur noch wenige Arbeitskräfte. Der Landraub vernichtet also Arbeitsplätze. Die europäischen Regierungen haben keine Antwort auf die Frage der Beschäftigung. Das einzige, was sie wollen, ist eine Antwort auf die Frage der Migration.

Niger steht im Fokus, weil er aufgrund seiner geografischen Lage zum zentralen Transitland Richtung Europa geworden ist.

Der Niger ist keineswegs nur ein Transitland, er ist auch ein Abwanderungsland. Und es gibt auch nicht nur die Migration nach Europa. Viele Nigrerinnen und Nigrer – zunehmend auch Frauen – gehen nach Algerien oder Libyen und nicht weiter nach Norden. Einige sind auch in Nigeria, im Tschad, an der Elfenbeinküste, in Burkina oder in Ghana. Die Migranten und Migrantinnen sind Träger der Träume von einem besseren Leben, nicht nur für sich, sondern auch für diejenigen, die bleiben.

Warum betonst Du, dass der Niger nicht nur ein Transitland ist?

Weil es Teil einer großen Lüge ist, auf der die ganze Philosophie unserer Regierung fußt. Denn so kann sie behaupten, dass die Unterdrückung der Migration, die die Regierung durchsetzt, nicht die Bürgerinnen und Bürger Nigers betrifft. Würde die Regierung eingestehen, dass die Unterdrückung auch die Nigrer selbst betrifft, hätte sie ein Legitimationsproblem. Denn dann würde sie ihre eigenen Bürgerinnen und Bürger davon abhalten, ihren Traum zu verwirklichen und sich woanders auf die Suche nach einem besseren Leben zu begeben. Das würden die Leute nicht akzeptieren.

Wie genau wird die Unterdrückung der Migration durchgesetzt?

Einem Protokoll der Westafrikanischen Wirtschaftsgemeinschaft über die Freizügigkeit von Personen und Waren zufolge dürfen die

Bürgerinnen und Bürger der 15 Mitgliedsländer sich ungehindert in der gesamten Region bewegen, ähnlich wie Europäer im Schengen-Raum. Europa hat aber darauf hingewirkt, dass die Freizügigkeit in Westafrika inzwischen massiv eingeschränkt ist. Das gilt nicht nur für das Überschreiten von Landesgrenzen, sondern sogar für Bewegungen innerhalb eines Landes. Als Senegalese kommst du zum Beispiel nicht weiter als nach Agadez im Zentrum von Niger. Die Wüstenstadt gilt als Drehkreuz der Migration. Richtung Norden sind es noch Hunderte von Kilometern bis zu den Grenzen zu Algerien und Libyen. Du hast das Recht dorthin zu gehen. Aber es wird dir unterstellt, dass du vorhast, illegal nach Europa zu migrieren. Das ist, als ob man einem Deutschen in Italien sagen würde: Bis nach Rom darfst du reisen, aber nicht bis nach Sizilien, denn dann könntest du ja auch nach Tunesien wollen.

Welche Konsequenzen hat das für die Nigrerinnen und Nigrer?

Es hat zwei dramatische Folgen. Zum einen ist die Mobilität überlebenswichtig. Aufgrund der klimatischen Verhältnisse haben die Bauern drei Monate im Jahr, in denen sie Ackerbau betreiben können. Spätestens im Mai aber sind die Vorräte aufgebraucht. Dann beginnt die Periode, die man Hungersaison nennt. Die Bauern verlassen die Dörfer und gehen in die Stadt oder ins Ausland. Mobilität ist auch eine Überlebensstrategie, wenn ausbleibender Regen eine Lebensmittelkrise auslöst. Auch der Pastoralismus basiert auf Mobilität: Wenn die Viehweiden zu trocken werden, sind die Viehzüchter gezwungen, ihr Vieh woanders zu weiden. Insofern basiert das gesamte Produktionssystem im Niger auf Mobilität.

Und die zweite Konsequenz der Einschränkung der Mobilität?

Sie spaltet die Menschen. Ein Busfahrer, der einen Senegalesen bis Agadez mitnimmt, ist

einfach nur ein Busfahrer. Wer denselben Senegalesen aber von Agadez ins nordöstlich gelegene Bilma oder nach Assamakka an der Grenze zu Algerien transportiert, gilt als Schlepper und wird kriminalisiert – vielleicht sogar als Drogenhändler oder als Dschihadist. Es wird behauptet, dass das Auto, das Agadez

„Durch die Spaltung trägt die Migrationspolitik zu einer Verschlimmerung der Sicherheitslage bei.“

mit Migranten in Richtung Libyen verlässt, auch Drogen oder Waffen transportieren könne. Im Regierungsdiskurs verschmilzt der Kampf gegen Terrorismus, Drogen- und Waffenhandel mit dem Kampf gegen die Migration, alles wird in einen Topf geworfen. Das empört die Leute. Sie halten es für eine Diskriminierung ihrer Region, in der es ohnehin schon viele bittere Enttäuschungen gab. Dieser Diskurs teilt das Land und er droht, ethnische Gruppen gegeneinander aufzubringen.

Inwiefern?

Es gibt heute in Agadez sowohl die Gruppe der Tuareg als auch die Tubu. Die Tuareg haben den Eindruck, Frankreich bevorzuge die Tubu, weil sie mit ihrer genauen Kenntnis der Grenzregion gut geeignet sind, Migration zu unterdrücken. Das verärgert die Tuareg, die das ebenfalls gerne machen würden, um an das Geld aus Europa zu kommen. So schafft man eine gefährliche Konkurrenz zwischen den beiden Communities. Beide Gruppen sind bewaffnet und haben bereits Krieg gegeneinander geführt. Durch die Spaltung trägt die Migrationspolitik zu einer Verschlimmerung der Sicherheitslage bei. Ähnlich ist es in Libyen, wo die italienische Regierung mit bewaffneten

Gruppen verhandelt, weil es keine funktionierende Zentralregierung gibt. Einige Milizen arbeiten als Schlepper. Weil sie die Territorien und Wege kontrollieren, gibt man ihnen Geld und lässt sie Polizeiarbeit übernehmen. Man gibt ihnen Geld und Ausrüstung und verschafft ihnen damit Anerkennung und Legitimität. Die europäischen Regierungen werfen alle moralischen, ethischen und rechtlichen Fragen über Bord und lassen sich allein von Pragmatismus leiten. Der Zweck heiligt alle Mittel.

Interview: Sabine Eckart und Ramona Lenz
Transkription/Übersetzung: Regina Schleicher

medico unterstützt die Teilnahme von Jugendlichen aus verschiedenen Ländern Westafrikas an einer großen von Alternative Espaces Citoyens organisierten Jugendkonferenz in Niamey, der Hauptstadt Nigers, die in diesem Jahr zum dritten Mal stattfindet. Themen: Dschihadismus, das Recht auf Freizügigkeit und der Einfluss Europas.

Spendenstichwort:
Flucht und Migration



Im Niger, ein Land mit der dreifachen Fläche von Deutschland, leben elf Millionen Menschen. Lange Zeit französische Kolonie, wurde das Land 1960 unabhängig. Es zählt zu den ärmsten der Welt, beim Index der menschlichen Entwicklung nahm es 2016 den vorletzten von 188 Plätzen ein. Dürren lösen immer wieder Hungersnöte aus. Die politische Instabilität wird durch Attacken dschihadistischer Gruppen verstärkt. Auch wegen der Migrationsrouten, die durch das Land verlaufen, ist der Niger in den Fokus der europäischen Politik gerückt. Die im Interview als „Drehkreuz der Migration“ bezeichnete Wüstenstadt Agadez ist die größte Stadt im nördlichen Teil des Landes.

Marshallplan als Mogelpackung

Warum von der Afrikapolitik der Bundesregierung nichts Gutes für Afrika zu erwarten ist

Von Anne Jung

„Europa hat seine Afrikapolitik an kurzfristigen Wirtschafts- und Handelsinteressen ausgerichtet.“ Wie wahr. „Es ist notwendig, die Zusammenarbeit mit den Ländern Afrikas neu zu gestalten.“ Unbedingt. „Der Aufbau von Produktionsketten, faire Handelsbedingungen, Diversifizierung der Wirtschaft, gezielte Förderung von Landwirtschaft und die Stärkung des Zugangs zum EU-Binnenmarkt müsste umgesetzt werden.“ Wieder Kopfnicken. Von wem stammt das Papier noch gleich? 2017 hat das Bundesministerium für wirtschaftliche Entwicklung und Zusammenarbeit (BMZ) im Kontext des G20-Treffens in Deutschland den „Marshallplan mit Afrika“ vorgelegt, der auf den ersten Blick aus der Feder von Nichtregierungsorganisationen stammen könnte. Sogar die Einhaltung von internationalen Umwelt- und Sozialstandards, der Stopp illegaler Finanzströme und aggressiver Steuervermeidung, die mit der Veröffentlichung der „Paradise Papers“ neue Aktualität erhalten haben, werden genannt.

Einfache Rezepte, fatale Wirkungen

Bei genauer Betrachtung ist der „Marshallplan mit Afrika“ jedoch bereits im Titel eine Irreführung. Der Marshallplan von 1948, der Deutschland nach dem 2. Weltkrieg den Wiederaufbau

ermöglichte, war mit enormen finanziellen Mitteln ausgestattet, die heute 130 Milliarden Euro entsprechen würden. Im gleichnamigen Plan für Afrika hingegen ist kein einziger Euro vorgesehen. Eigentlich formuliert das BMZ-Papier wünschenswerte Leitlinien einer anderen Afrika-Politik. Aber schon bei seiner Umsetzung hapert es. Denn der „Marshallplan mit Afrika“ enthält kein Konzept, wie die hehren Absichten verwirklicht werden könnten. Auch erwähnt das Papier mit keinem Wort, dass seine Leitlinien im krassen Widerspruch zu allen anderen an den Wirtschaftsinteressen des Nordens ausgerichteten Abkommen mit Afrika stehen.

Der „Compact with Africa“ (CWA) zum Beispiel, der von den G20-Finanzministern zeitgleich mit dem Marshallplan im Frühjahr 2017 verkündet wurde, will die Privatinvestitionen in Afrika vorantreiben. Die Übereinkunft zwischen Weltbank, Internationalem Währungsfonds und der Afrikanischen Entwicklungsbank enthält Prinzipien, an die die Mittelvergabe gebunden ist, die aus den finsternen Zeiten der Strukturanpassungsprogramme von IWF und Weltbank stammen. Sie stehen im Gegensatz zu den Ideen des „Marshallplans“, der immerhin von Rechtsstaat, Bekämpfung von Korruption und guter Regierungsführung spricht. Das Rezept ist einfach, die Wirkung fatal: Man mische die Liberalisie-



Die „neue“ Afrikapolitik ist nicht weniger investorenfreundlich als die alte und droht die extreme soziale Ungleichheit noch zu verstärken. Wachstum wird insbesondere auch im Tourismus erwartet.

rung der Finanzmärkte mit der Reduktion von öffentlichen Ausgaben und dem Abbau von Schutzzöllen und erzwingt noch die Privatisierung von staatlichen Firmen. Und in der Tat: Die bisher am Compact beteiligten Länder, darunter Senegal, Ruanda und Marokko, werben mit der Verfügbarkeit von billigen Arbeitskräften und versprechen freien Zugang zu ihren Märkten sowie weitreichende Privatisierung.

Es gibt kein einziges historisches Beispiel eines arm gehaltenen Landes, in dem solche Maßnahmen, die letztlich auf die Abschaffung des

öffentlichen Sektors und die Entmachtung der Regierungen zielen, die Lebensbedingungen der Bevölkerungsmehrheit verbessert hätten: und stattdessen wird die Macht von oft repressiven Regierungen gestärkt. Jane Nalunga, Handelsexpertin beim Southern and Eastern Africa Trade Information and Negotiations Institute (SEATINI), kritisiert: „Bei dem Compact geht es nicht darum, den Menschen in Afrika aus der Armut zu helfen. Sein Zweck ist es, für Unternehmen aus den G20-Ländern Investitionsmöglichkeiten zu schaffen.“ Und sie macht eine wichtige Unterscheidung auf: „Alles dreht sich um die

Rechte von Investoren. Der gesamte afrikanische Kontinent soll sich für sie attraktiv machen. Aber wo bleiben die Rechte der Bürger und Bürgerinnen? Wo werden die politischen Rahmenbedingungen, die sozialen und ökologischen Risiken geklärt?"

Auch die von Europa unter Federführung Deutschlands ausgehandelten Freihandelsverträge mit ausgewählten afrikanischen Ländern, die Economic Partnership Agreements, verfestigen die asymmetrischen Handelsbeziehungen. Die EPA haben das Ziel, eine „reibungslose Integration dieser Regionen in den Weltmarkt sicherzustellen“, sagt das Wirtschaftsministerium. Hierfür müssen die afrikanischen Unterzeichnerstaaten bis zu 80 Prozent ihres Marktes für Waren aus Europa öffnen, während nur rund zehn Prozent der Waren aus den afrikanischen Ländern international wettbewerbsfähig sind.

Globaler Landraub

Und selbst einige der „afrikanischen“ Firmen, die Waren wie Blumen exportieren, gehören in Wahrheit Europäern. In der Folge der EPA sind massive Einnahmeverluste für Afrika zu befürchten, weil der Schutz für die ärmsten Länder, die bisher für einige Waren einen bevorzugten Marktzugang nach Europa hatten, wegfallen wird und die EU staatliche Subventionen für die lokale Landwirtschaft in afrikanischen Ländern verbietet. Arbeitsplätze werden wegfallen, Preisschwankungen können zum lebensbedrohlichen Risiko werden. Damit steigt die Abhängigkeit von Entwicklungshilfe. Der Marshallplan fordert hingegen mehr Fairness in der Handelspolitik. Afrikanische Binnenmärkte sollen sich durch Schutzzölle zeitlich befristet von globalen Konkurrenten abschotten dürfen. Doch EPAs sind die harten Fakten, die Pläne von Entwicklungsminister Müller eine Wunschliste.

Gar keinen Vorschlag bietet der „Marshallplan“ für das vielleicht derzeit größte Problem des afrikanischen Kontinents: der globale Landraub. Afrika steht im Mittelpunkt eines weltweiten Geschäftes mit Land, an dem viele deutsche Firmen beteiligt sind. Industrieländer, Agrarkonzerne, aber auch internationale Banken und Investmentfonds erwerben oder pachten riesige Ländereien, um auf ihnen Getreide für Biosprit anzubauen oder Plantagen für Palmöl zu entwickeln. Hirten, Kleinbäuerinnen, Fischer, Landarbeiterinnen und Nomaden verlieren durch das „Landgrabbing“ den für ihre Ernährungsgrundlage wichtigen Zugang zu Land und Wasser. Die Landaneignung durch Konzerne führt zu Vertreibungen und Enteignungen und schafft zudem neue Abhängigkeiten von externer Nahrungsmittelhilfe. Der Landraub hat maßgeblich dazu beigetragen, dass die Zahl der weltweit Hungernden nach UN-Angaben nach einer Dekade erstmals wieder gestiegen ist. Im immer wieder von Dürre und Hungerkrisen geplagten Kenia etwa pachten internationale Konzerne riesige Landflächen für den Anbau von *Jatropha* für die Produktion von Biosprit. Die Regierung fördert diese Geschäfte und erhofft sich darüber kurzfristige Gewinne. In einem Land, in dem ohnehin nur knapp 10 Prozent der Landesfläche landwirtschaftlich nutzbar ist, gleichzeitig aber die Bewirtschaftung von Land für 80 Prozent der Bevölkerung die Lebensgrundlage bildet, ist das eine Katastrophe.

Recht auf Profit

Der Rechtlosigkeit der Betroffenen steht der in Handelsverträgen fixierte Ausbau des juristischen Schutzes für ausländische Investoren gegenüber. Die Politik selbst ist es, die damit das parlamentarische Prinzip einer öffentlich kontrollierten politischen Entscheidungsfindung zugunsten von privaten Renditeinteressen bewusst beschneidet und sich ihrer Gestal-

tungsmöglichkeiten beraubt. Die Deregulierung von staatlicher Kontrolle stellt nichts anderes dar als eine Regulierung zugunsten der Wirtschaft. „Auch wenn es inzwischen einige Handelsverträge gibt, die Menschenrechtsklauseln enthalten, haben diese niemals Vorrang vor den Handelsinteressen der Industriestaaten“, resümiert der Handelsexperte Thomas Fritz. Oder wie es Jane Nalunga von SEATINI Uganda so treffend ausgedrückt hat: „If you're not at the table, you're on the menu.“

All das zeigt, dass die deutsche Afrikapolitik mit dem historischen Marshallplan außer dem Namen nichts gemein hat. Betrachtet man die harten Fakten und nicht nur die wolkigen Versprechen gleicht sie eher dem Morgenthauplan von 1944. Der sah damals die komplette Deindustrialisierung und die Verwandlung von Deutschland in ein Agrarland vor. Mit einem Unterschied: Bei Morgenthau sollten sich die Deutschen von den produzierten Lebensmitteln ernähren können. Im heutigen Afrika werden sie gezwungen, sie zu exportieren.

So paradox es klingt: Der Marshallplan lässt sich lesen als Versuch, die Folgen des neoliberalen kapitalistischen Projekts zu kaschieren, und zugleich als offenes Eingeständnis des Scheiterns einer Politik, deren tödliche Folgen sich nicht mehr verbergen lassen. Diesen Widerspruch findet man heutzutage in fast allen Dokumenten der internationalen Politik, die Fluchtursachen schafft, statt sie zu bekämpfen. In dieser Paradoxie könnte eine Chance liegen – sofern aus dem wachsenden Unbehagen an dem globalisierten Kapitalismus eine Bewegung wird, die Politik an ihre Verpflichtung für den Vorrang der Menschenrechte zu erinnern. So ist auch das Bemühen der UNO für ein rechtlich bindendes Menschenrechtsabkommen für (transnationale) Unternehmen eine ermutigende Entwicklung. Die Initiative aus Südafrika und Ecuador schlägt die Haftung von Konzernen entlang der

kompletten Zulieferkette vor. Staaten sollen verpflichtet werden, den von Menschenrechtsverstößen Betroffenen internationalen Rechtsschutz zu gewähren.

Die Bundesregierung hat kürzlich entschieden, sich nicht direkt an den UN-Gesprächen für ein Menschenrechtsabkommen zu beteiligen. Umso wichtiger ist es, dass sich eine internationale Koalition von über 1.000 Gruppen, sozialen Bewegungen und NGOs für die Umsetzung von UN-Treaty gebildet hat, um die Regierungen unter Druck zu setzen. Immerhin wurde auch das völkerrechtlich bindende Abkommen zum Verbot von Landminen 1997 dank einer internationalen Kampagne politisch gegen alle Widerstände erstritten.

medico unterstützt Partnerorganisationen in Afrika, die sich gegen die Ausplünderung der Ressourcen und für gerechte Verhältnisse vor Ort einsetzen. Ein Beispiel ist die langjährige Zusammenarbeit mit Equinet, einem Zusammenschluss von Gesundheitsarbeiterinnen, Vertretern staatlicher wie nichtstaatlicher Institutionen und zivilgesellschaftlichen Initiativen aus 16 Staaten im südlichen und östlichen Afrika. Zentrales Anliegen des Netzwerkes ist es, die Erlöse aus dem Rohstoffabbau und -handel der Region in die vernachlässigten sozialen Infrastrukturen der Länder umzulenken. Im Mittelpunkt steht der Aufbau von allgemein zugänglichen Gesundheitssystemen. Mit Konzepten wie einem Entwurf für gemeinsame Gesundheitsstandards in der Region interveniert Equinet zum Beispiel in die Debatten der Entwicklungsgemeinschaft des südlichen Afrika (SADC). Im Zuge eines neuen Förderprojekts stärkt medico dieses Engagement.

Spendenstichwort: Gesundheit

Eine andere Stadt ist möglich

In Brasilien kämpft die Bewegung der Arbeitenden ohne Dach für ein menschenwürdiges Wohnen und solidarische Städte

Von Niklas Franzen

Angst habe sie keine gehabt. Ein bisschen Aufregung ja, aber keine Angst. Schließlich sei es ihre dritte Besetzung gewesen. Valdirene de Oliveira Cardoso – 42 Jahre alt, stämmig, buntes Bandana auf dem Kopf – hat es sich im Schatten unter einer Plastikplane bequem gemacht. Vor der Aktivistin, die von allen nur „Tuca“ gerufen wird, erstreckt sich ein dichtes Labyrinth aus schwarzen und blauen Plastikzelten.

Zehn Stunden zuvor, ganz im Osten von São Paulo. Dort, wo die asphaltierten Straßen enden und die wenigsten Menschen eine Postadresse haben. Am Horizont sieht man gerade noch die Hochhaussilhouette der Megametropole. Es ist eine sternklare Nacht. Zwei alte Schulbusse und mehrere PKW rattern durch die engen Gassen der Vorstadt. Wohin es genau geht, weiß niemand so recht. Was alle wissen: Heute Nacht wird es eine neue Besetzung der Bewegung der Arbeitenden ohne Dach (MTST) geben. Der Bus hält an. „So, jetzt schalten wir alle unsere Handys aus“, lautet die Ansage. Ein riesiges Feld lässt sich in der Dunkelheit erahnen, dahinter ein Meer aus Lichtern. Ein vollbeladener Lastwagen wartet am Eingang des Geländes. Schweigend steigen die Aktivistinnen und Aktivisten aus dem Bus, schnappen sich Bambusstangen und Planen und fangen an, Zelte auf

dem steilen Hang zu errichten. Nach einer halben Stunde steht das Camp. Symbolisch wird die rote Fahne der Bewegung gehisst. Die Besetzung „Esperança Vermelha“ (Rote Hoffnung) ist geboren.

„Ich glaube, dass sich mit unserer Ankunft hier im Osten etwas verändern wird“, sagt Tuca. Etwas verändern. Das hat sich die MTST auf die Fahnen geschrieben. Die Bewegung wurde vor zwanzig Jahren gegründet, Mitte der Nullerjahre löste sie sich als eigenständige Bewegung von ihrer großen Schwester, der Landlosenbewegung MST. Startpunkt war São Paulo. Heute ist die MTST in fast allen Bundesstaaten aktiv. Viele bezeichnen sie als derzeit wichtigste soziale Bewegung Brasiliens. Aber warum mobilisiert das Thema Wohnraum so viele Menschen im größten Land Lateinamerikas?

Trügerische Rechte

Brasiliens Städte sind von himmelschreienden Ungleichheiten geprägt. Während sich die Reichen in den zentralen Gebieten hinter Mauern und Zäunen abschnitten, wohnen Millionen Menschen in den Peripherien. Perspektivlosigkeit und Gewalt sind dort Alltag. Auch das Viertel



Protest mit Zelten: Für Wohnungen und für ein anderes Miteinander in der Stadt.

rund um die „Esperança Vermelha“ ist solch eine Gegend. Ein dichter Wald aus rotem Backstein und Wellblech kreist die Zeltstadt ein. Die angrenzenden Stadtteile zählen zu den ärmsten und gewalttätigsten São Paulos. In die Innenstadt dauert es zwei Stunden, bei Stau drei. Dabei war die Hoffnung nach dem Ende der Militärdiktatur Mitte der 1980er Jahre groß. In fast allen Städten entstanden urbane Reformbewegungen. Wichtige Forderungen wurden im Jahr 1988 in die Verfassung aufgenommen. Brasilien gilt als Pionier für ein institutionelles Recht auf Stadt. Zumindest auf dem Papier. Die Realität sieht anders aus. Die Stadtforscherin und ehemalige UN-Sonderberichterstatteerin für angemessenes Wohnen, Raquel Rolnik, erklärt: „Die juristischen Instrumente, die in der Verfassung und im Recht verankert sind, werden in der Praxis einfach nicht angewendet.“ Die Verflechtung zwischen Immobilienkapital, Justiz und Politik

ist ein offenes Geheimnis. Die staatliche Wohnungspolitik: zaghaft. Im Jahr 2009 startete die Regierung unter Ex-Präsident Luis Inácio Lula da Silva das Wohnungsbauprogramm Minha Casa, Minha Vida. Die Anfangseuphorie verflog schnell. Das Programm konnte die Wohnungsnot nicht abfangen und die rasante Miet- und Grundstückspreisentwicklung aufhalten. Immer mehr Menschen können ihre Wohnung nicht bezahlen. Für sie bleibt kaum eine Alternative als zu besetzen.

Wohnungslosenbewegungen haben Tradition in Brasilien. Während die meisten Bewegungen leerstehende Häuser in den Innenstädten besetzen, agiert die MTST insbesondere in den urbanen Randgebieten. „Wir wollen dort aktiv sein, wo die armen Menschen wohnen“, erklärt Josué Rocha, bundesstaatlicher Koordinator der Bewegung. Mit den Besetzungen will die MTST

gleichzeitig politischen Druck aufbauen und Wohnraum erkämpfen. Ist ein Gelände besetzt, beginnen die Verhandlungen. Ziel ist der Bau von Wohnungen in Eigenregie. Die Erfolge der Bewegung können sich sehen lassen.

Zeltstadt wird Wohnanlage

Taboão da Serra, am Rand von São Paulo, 2014. Im Beisein von Ex-Präsident Lula wird die João-Cândido-Wohnanlage feierlich eingeweiht – der erste Apartmentkomplex der MTST. Zehn Jahre zuvor wurde ganz in der Nähe ein Gelände besetzt. „Viel Schweiß, viel Blut, viele Konflikte – es war ein langer Kampf“, erinnert sich einer der damaligen Besetzer. João Vieira Alves, 51 Jahre alt, Knollnase, Dialekt aus Minas Gerais, lebt heute in einer hellen geräumigen Wohnung im vierten Stock der Wohnanlage. „Für mich ist das ein Palast“. Alves stockt. „Wer schon einmal in einer Hütte in der Größe eines Bads gewohnt hat, weiß, was ich meine.“

Rund 400 Familien leben in dem Apartmentkomplex. Die Mittel für den Bau kamen vom Staat, den Rest stemmte die Bewegung: Auswahl der Fläche, Erstellung der Grundrisse, Organisation des Baus. Beim konventionellen sozialen Wohnungsbau werden die tatsächlichen Baukosten so stark wie möglich gesenkt, um die Profite zu erhöhen. So entstehen uniforme Wohnungen von niedriger Qualität und geringer Größe. Vertikale Favelas. Nicht so beim Wohnungsbau der Bewegung. Kollektive Planung und soziale Kontrolle verhindern eine Extrarendite für die Baufirmen. Das gesparte Geld wird in die Wohnungen gesteckt, die dadurch größer und besser sind. Vielleicht noch wichtiger: Die Armen gestalten selbstbestimmt und gemeinschaftlich ihren Stadtraum.

Für die MTST geht es nicht nur um Wohnraum. Koordinator Rocha: „Man kann die chronischen

Probleme in den Städten nicht nur mit dem Bau von Wohnungen lösen.“ Die MTST versteht sich daher als breite soziale Organisation, die an verschiedenen Fronten kämpft: gegen Rassismus, gegen den Bildungsnotstand und zuletzt vor allem gegen die Politik von Präsident Michel Temer. Der 77-Jährige war im vergangenen Jahr infolge der Amtsenthebung von Lula-Nachfolgerin Dilma Rousseff an die Macht gekommen. Für viele ein Putsch. Temers Regierung hat im Rekordtempo begonnen, sozialstaatliche Errungenschaften der letzten Jahrzehnte abzubauen. In allen Bereichen wurde massiv gekürzt, auch beim sozialen Wohnungsbau. Durch die als „Haushaltskonsolidierung“ bezeichnete Schuldenbremse stehen auch der Bildungs- und Gesundheitsversorgung massive Einschnitte bevor – in einem Land, in dem die Reichen schon heute 25 Jahre länger leben als die Armen.

Die MTST setzt den jüngsten Angriffen alte Rezepte entgegen: Demonstrationen, Aktionen in Ministerien, Straßenblockaden und Besetzungen. Im August nahm die MTST mit zehntausend Familien ein leerstehendes Gelände in São Bernardo do Campo, im Süden São Paulos ein. Etlliche prominente Kunstschaaffende solidarisierten sich mit der Megabesetzung. Die Bewegung trifft einen Nerv und zeigt, dass eine andere Stadt möglich ist.

medico unterstützt die Gesundheitsbrigade der MTST zurzeit bei der Schaffung landwirtschaftlicher Flächen in den erkämpften Wohnanlagen. Hier werden nachhaltig erzeugte Lebensmittel produziert und das Recht auf Wohnen um gesunde Ernährung erweitert.

Spendenstichwort: Brasilien



Im Südosten Oaxacas hatte das erste große Erdbeben verheerende Folgen, unter denen vor allem die ohnehin marginalisierte indigene Bevölkerung leidet.

UNBEQUEME GEMEINDEN

Nach den Erdbeben in Mexiko kämpfen die Indigenen in Oaxaca für einen gerechten Wiederaufbau

Seit September 2017 bewegt sich die Erde unaufhörlich in Mexiko. Insgesamt sind 470 Menschen gestorben, Hunderttausende sind obdachlos und leben auf der Straße, unter Plastikplanen, die sie nur notdürftig gegen Sonne und Regen schützen. Auch zwei Monate später dominieren in vielen ländlichen Gemeinden Trümmerberge das Bild, Tausende Schulen sind geschlossen, Krankenhäuser funktionieren noch schlechter als zuvor.

In Oaxaca-Stadt öffnete medico-Partner Codigo DH nur Stunden nach dem ersten Beben eine Anlaufstelle für Hilfe aus der Bevölkerung und stattete Ärztmissionen aus, um im Südosten von Oaxaca zu helfen, wo die Menschenrechtsorganisation langjährige Kontakte zu Gemeinden hat, die sich gegen Großprojekte wehren. Die Indigenen-Gemeinde San Dionisio del Mar rebellierte 2012 gegen das größte Windkraftprojekt Lateinamerikas, das auf einer Landzunge in der nahegelegenen Lagune errichtet werden sollte. Der von den europäischen Investoren bestochene Gemeindepräsident wurde verjagt, das Gemeindehaus besetzt. Jetzt betreibt die Vollversammlung des Ortes dort eine Gemeinschaftsküche und eine Herberge für obdachlos gewordene Familien.

Nach der ersten Nothilfe brauchen die Gemeinden jetzt eine andere Art von Unterstützung. Daniela Garcia, Psychologin von Codigo DH, betont die Auswirkungen des Schocks auf die Menschen: „Die Nachbeben und Gerüchte über ein neues starkes Erdbeben verstärken die Ängste.“ Im Kollektiv werden Strategien zur Überwindung dieser Schockstarre gesucht. Darüber hinaus brauchen die Menschen in der Region Unterstützung, um zu dokumentieren, wie selektiv die staatliche Hilfe ist. Denn die Behörden verteilen Hilfsgüter bevorzugt an eigene Parteigänger. Zudem gibt es Unregelmäßigkeiten bei der Registrierung zerstörter Häuser. Der Lehrer Aquilino erklärt vor den Trümmern seines Hauses: „Erst kam eine Behörde und erklärte, das Haus sei zerstört, müsse abgerissen und neu gebaut werden. Tage später kam eine andere Behörde und markierte das Haus mit einem blauen Punkt. Diese Markierung bedeutet, dass nur ein Teilschaden entstanden sei.“ Aquilino sieht dahinter eine Strafmaßnahme. Als Sprecher der Vollversammlung sei er ein Dorn im Auge der Behörden.

Philipp Gerber

Zusammen mit medico international schweiz fördert medico die Nothilfe und die kritische Wiederaufbauarbeit von Codigo DH.

Spendenstichwort: Mexiko

Globale Psyche

Standardisierte Diagnosen und Therapien aus dem Norden exportieren ein westliches Gesundheitsmodell mit zwiespältigen Folgen

Von Usche Merk und Markus Balzereit

Einst ein Stiefkind der globalen Gesundheitspolitik, steht der Bereich Mental Health – psychische Gesundheit – inzwischen weit oben auf der globalen Gesundheitsagenda. Laut WHO machen psychische Krankheiten 13 Prozent der Krankheitslast weltweit aus, 70 Prozent davon entfallen auf Länder mit niedrigem und mittlerem Einkommen. Dazu gibt es eine riesige Versorgungslücke: Zwei Drittel aller Menschen mit psychischen Erkrankungen werden nicht behandelt, in Ländern mit niedrigem Einkommen sogar bis zu 90 Prozent. Fachleute sprechen von einem globalen Gesundheits-skandal.

Seit mehr als zehn Jahren gibt es eine organisierte Global-Mental-Health-Bewegung, an der sich inzwischen mehr als 3.000 Organisationen in 60 Ländern beteiligen. Sie orientieren sich an dem Mental Health Action Plan der WHO, den 2013 alle Mitgliedsstaaten verabschiedet haben. Dieser hat sich vier globale Ziele gesetzt: 80 Prozent der Staaten weltweit sollen bis 2020 staatliche Gesundheitspläne für Mental Health entsprechend der WHO-Leitlinien entwickeln oder aktualisieren. Die psychosoziale Versorgung für schwere psychische Störungen soll durch gemeindenahere, in das öffentliche Gesundheitssystem integrierte Programme um 20 Prozent erhöht werden. Jedes Land soll mindestens zwei nationale Präventionsprogramme

gegen psychische Störungen auf den Weg bringen, damit soll die Selbstmordrate bis 2020 um zehn Prozent gesenkt werden. Zudem sollen die Staaten alle zwei Jahre einen Bericht über ihre Fortschritte vorlegen.

Das Vorhaben ist ambitioniert, aber auch bitter nötig. Denn hinter den Zahlen verbergen sich unzählige Schicksale, das Leid und die Verzweiflung von Millionen Menschen. Vor allem die Ärmsten unter den Armen finden für ihre seelischen Nöte keine geeigneten Ansprechpartner und Orte der Unterstützung. Doch zugleich hängt die Hilfe für sie davon ab, wie ihre Probleme verstanden und beschrieben werden. Je nachdem, wie das Leid von Menschen definiert wird, gerät es in den Blick. Hinzu kommt die Frage, welche gesellschaftlichen Interessen sich hinter bestimmten Definitionen und institutionalisierten Praktiken verbergen.

Zunächst die Frage nach den Zahlen. Erhebungen gehen immer bestimmte Vorannahmen voraus, und die Daten werden in den jeweiligen Ländern oft sehr unterschiedlich erfasst. So orientiert sich der Versorgungsgrad an Angaben des öffentlichen Gesundheitswesens. Andere private, traditionelle oder religiöse Hilfesysteme werden nicht berücksichtigt. Auch die Erfassung von Krankheitszahlen setzt eine bestimmte Definition von Krankheit und Gesundheit vor-

aus, die selbst Teil einer heftigen Auseinandersetzung ist. Statistiken sind daher keine „letzten Wahrheiten“. Der Blick darauf, welche Folgen der Export eines westlichen Modells von Gesundheit in den globalen Süden hat, unterstreicht die Notwendigkeit, sich kritisch mit Global Mental Health auseinanderzusetzen.

Verschiedene Kulturen klassifizieren, diagnostizieren und heilen Krankheiten ganz unterschiedlich. Die westliche Krankheitslehre ist nur eine unter anderen. Was bei körperlichen Erkrankungen noch übertragbar sein mag, ist im Hinblick auf seelisches Leiden schon ungleich schwieriger. Denn seelisches Leid ist

Der westliche Diskurs seelischer Krankheiten führt zentrale Elemente der westlichen Kultur ein, einschließlich einer Theorie über die menschliche Natur, eine Definition von Person, einen Begriff von Zeit und Erinnerung sowie ein Verständnis von moralischer Autorität.

immer in ein System von Bedeutungen eingebettet, die sehr unterschiedlich sein können. Der international tätige Psychiater und Traumatherapeut Derek Summerfield fasst das so zusammen: „Wir müssen uns vergegenwärtigen, dass der westliche Diskurs seelischer Krankheiten zentrale Elemente der westlichen Kultur einführt, einschließlich einer Theorie über die menschliche Natur, eine Definition von Person, einen Begriff von Zeit und Erinnerung sowie ein Verständnis von moralischer Autorität. Nichts davon ist universell.“

Was es bedeuten kann, wenn das US-amerikanische Modell von psychischer Gesundheit in die Welt exportiert wird, hat der Wissenschaftsjournalist Ethan Watters in seinem Buch „Crazy Like Us – Die Globalisierung der US-amerikanischen Psyche“ untersucht.

Er zeigt am Beispiel Sansibars, dass die Erklärung, ein krankes Familienmitglied sei von Dämonen besessen, entgegen westlichen Vorurteilen, zu Akzeptanz und Integration führen kann. Geister und Dämonen seien Teil des dortigen kollektiven Bewusstseins. Da man wisse, dass sie kommen und gehen, wie es ihnen beliebt, brächten Familien für die Schwierigkeiten ihrer Angehörigen viel Verständnis auf. Inzwischen säßen aber auch in Sansibar immer mehr Menschen mit einer „psychischen Krankheit“ von ihren Familien isoliert in nach westlichem Vorbild organisierten Psychiatrien. Ein Begriff von psychischer Krankheit, der sich ausschließlich am westlichen Modell orientiert, kann also gravierende Folgen haben – wenn er etwa in Ländern des globalen Südens andere, erfolgreiche und bereits sehr lange erprobte Formen der Bearbeitung seelischer Nöte verdrängt.

Zu einem westlich-medizinischen Modell gehört auch die Orientierung an standardisierten Diagnosen, nach denen sich dann die Behandlung richtet. Für die Diagnostik psychischer Krankheiten beansprucht das Diagnosemanual (DSM) der amerikanischen Psychiatervereinigung (APA) weltweite Gültigkeit, viele internationale Diagnostika richten sich danach. Die APA veröffentlichte 1952 ihr erstes Diagnosemanual mit zunächst 106 Störungen. Das dritte Manual von 1968 enthielt bereits 265 Diagnosen und vollzog zudem einen folgenreichen Paradigmenwechsel.

Die bis dahin noch stark psychoanalytisch ausgerichtete Psychiatrie verlor zugunsten einer ausdrücklich biomedizinisch orientierten

Psychiatrie. Die Frage nach den Relationen zwischen den unterschiedlichen psychischen Instanzen (Es, Ich, Über-Ich) und zu Fragen gesellschaftlicher Normen wurde damit von einem Verständnis psychischer Störungen als „Krankheiten des Gehirns“ abgelöst. Die Kategorien Ursache und Wirkung ersetzen die Fragen danach, wie sich jemand selbst beurteilt und wie er den Sinn und Zweck einer Handlung interpretiert.

Damit rückte die Psychiatrie wieder näher an die Medizin heran und erhöhte zugleich ihren Status und ihre Reputation. Darüber hinaus wurden Ansprüche anderer Professionen wie Sozialarbeiter und Berater im Umgang mit psychisch Kranken zurückgedrängt.

Mit jeder Ausgabe des DSM erhöhte sich die Zahl der Diagnosen. An der fünften Ausgabe, die seit Mai 2013 gültig ist und 374 psychische Krankheiten beschreibt, entwickelte sich jedoch auch Kritik – das Manual macht es erstmals möglich, jede Verhaltensauffälligkeit als „milde“ Störung zu diagnostizieren. Auf diese Weise kann zum Beispiel die Trauer über den Tod eines nahen Angehörigen bereits nach zwei Wochen mit dem Etikett „Depression“ versehen werden. Selbst Autoren früherer DSM-Manuale kritisierten das mit den Worten, es gelte, die „Normalität vor der Pathologisierung zu retten“. Damit bleibt für eine „normale“, nicht pathologisierende Bearbeitung von Tücken der eigenen, endlichen und zerbrechlichen Existenz sowie für eine Auseinandersetzung mit den Ursachen struktureller Gewalt schlicht kein Platz mehr.

Aus den Diagnosen folgen bestimmte Formen der Behandlung und Hilfe. So liegt dem Mental Health Gap Action Programme (mhGAP) der WHO, das die behauptete Versorgungslücke in den armen Ländern des globalen Südens schließen will, ein deutlich neurobiologisches

Verständnis von psychischer Krankheit zugrunde. Höchst unterschiedliche Phänomene werden unter „mental, neurological and substance use disorders“ zusammengefasst und in sechs Störungsformen unterteilt: Depressionen, Psychosen und bipolare Störungen, Epilepsie, Verhaltensstörungen bei Kindern und Jugendlichen, Demenz und suchtbedingte Störungen.

Doch angesichts von Standardprogrammen, die mit wenigen Ressourcen ambitionierte Ziele erreichen sollen, sowie den Interessen

Angesichts von Standardprogrammen, die mit wenigen Ressourcen ambitionierte Ziele erreichen sollen, könnte am Ende nur die massenweise Verabreichung von Psychopharmaka übrig bleiben.

von Gesundheitssystemen und Pharmaunternehmen, ist die Gefahr groß, dass am Ende nur die massenweise Verabreichung von Psychopharmaka übrig bleibt. Die Mental-Health-Versorgung droht, zur Zwei-Klassen-Medizin zu werden, die zwischen Armen und Reichen und deren gesellschaftlicher Relevanz unterscheidet.

Denn der Störungsbegriff im Diagnosemanual fragt zuerst nach der beruflichen und privaten Funktionsfähigkeit eines Menschen, das Erleben von Leid als Kriterium für eine Störung wird häufig erst an dritter Stelle genannt. Damit kommt ein mächtiger Begriff von Normalität in die Welt: Patienten mit einer Störung seien unfähig, sich unauffällig – sprich: normal – zu

verhalten. Solche Diagnosen können in dem Maße, in dem sie gesellschaftlichen und ökonomischen Strukturen gegenüber blind und auf eine Behandlung des Einzelnen ausgerichtet sind, auch als Versuche interpretiert werden, die „Gestörten“ an die herrschenden Verhältnisse anzupassen. Im Kontext globaler Ungleichheit müssen sich Mental-Health-Programme im globalen Süden fragen lassen, ob sie als Ersatz für die Schaffung gerechter, menschenwürdiger Lebensbedingungen dienen und den Einzelnen die Verantwortung für ihr Leiden auferlegen.

Zur Suche nach geeigneten Formen der Unterstützung von seelisch leidenden Menschen gehören also gleichzeitig die Verteidigung und die Kritik von Hilfe. Es gilt, denen Gehör und Unterstützung zu verschaffen, die gesellschaftlich ausgegrenzt und ohne soziale Versorgung sind und nach einer Anlaufstelle für ihre Nöte suchen. Es muss ein reduzierter und normativer Begriff von Gesundheit kritisiert werden, der menschliche Handlungen nur in den Begriffen von Ursache und Wirkung zu fassen versucht und sich alleine des medizinischen Modells von Krankheit bedient. Und schließlich muss nach Wegen gesucht werden, wie die Bedingungen gesellschaftlich produzierter Notlagen verändert und überwunden werden können: für eine soziale Infrastruktur und ein gutes Leben für alle Menschen.

Der Text wurde vollständig veröffentlicht in „Welt-Sichten. Magazin für globale Entwicklung und ökumenische Zusammenarbeit“, die Autorin und der Autor arbeiten bei medico international.



Keine passiven Opfer

Seit vielen Jahren unterstützt **medico** Projektpartner, die sich mit den psychosozialen Realitäten auseinandersetzen. Von Frankfurt aus organisieren wir kritische Interventionen in den herrschenden Diskurs, zuletzt mit der Kritik an Resilienzkonzepten. Ausgangspunkt ist hier wie dort ein empathisches Verständnis für die Subjektivität des und der Anderen und die Anerkennung, dass Menschen auch unter extrem schwierigen Bedingungen nicht als passive Opfer betrachtet werden müssen. Beispiel dafür ist u.a. die Arbeit von NEAS in Sierra Leone, eine Selbstorganisation der Abgeschobenen aus Europa, die mittels Radiobeiträgen und Gesprächsangeboten die Themen Stigmatisierung und Kriminalisierung behandeln. Oder das El Nadeem Center für die Rehabilitierung von Opfern staatlicher Gewalt und Folter in Kairo, das Folteropfern seelische Hilfe zukommen lässt und sich – immer von Schließung bedroht – für die Einhaltung der Menschenrechte einsetzt. Das ägyptische Darwar Social Theater Program bearbeitet individuelle und kollektive Gewalterfahrungen gemeindeorientiert in benachteiligten Vierteln durch gemeinsame künstlerisch-therapeutische Aktivitäten. Um nur einige zu nennen.

Stichwort: Psychosoziale Hilfe

Raum für kritisches Potential

Das neue medico-Haus soll ein öffentlicher Ort werden. Ein Interview mit Thomas Gebauer über die Pläne der stiftung medico international



Foto: Holger Friedemuth

Thomas Gebauer ist medico-Geschäftsführer – von Verein und ehrenamtlich auch von der Stiftung.

Das medico-Haus ist fertiggestellt, der Umzug bewältigt. Inwiefern erhöht das, wie angestrebt, die Unabhängigkeit der Arbeit?

Thomas Gebauer: Mit der Gründung der Stiftung vor 13 Jahren haben wir die Idee verfolgt, für medico ein zweites Standbein zu schaffen, das die Arbeit des Vereins und die Projektförderung von medialen Konjunkturen und Zuschüssen unabhängiger macht. Seit vielen Jahren unterstützt die Stiftung – in stetig wachsendem Umfang – aus den Erträgen ihres Vermögens Partnerorganisationen in Afrika, Asien und Lateinamerika. Diese Unterstützung ist durch das medico-Haus nun auf ein neues und sicheres Fundament gestellt worden: Statt das Stiftungsvermögen

ausschließlich in ethisch-nachhaltigen Fonds anzulegen, die nicht vor den Turbulenzen der Finanzmärkte gefeit sind, haben wir große Teile davon in das Haus investiert, das wir nun gemeinsam mit gleichgesinnten Organisationen nutzen können. Sämtliche Erträge, auch die Mietkosten, die der Verein erbringt, verschwinden nicht in den Taschen privater Kapitalanleger, sondern kommen der Arbeit von medico zugute. Insofern sind wir mit dem Bau und Bezug eines eigenen Gebäudes auf dem Weg zu finanzieller Unabhängigkeit einen großen Schritt vorangekommen.

Von Anfang an hat medico den Anspruch formuliert, mit dem Haus einen Ort der Solidarität schaffen zu wollen. Wie setzt sich das konkret um?

Wir waren überrascht, wie schnell das Haus vermietet war. Gerne wären weitere soziale und kulturelle Einrichtungen aus Frankfurt hinzugekommen, dafür hätten wir aber drei zusätzliche Stockwerke gebraucht. Die vier Organisationen, die nun mit uns ins medico-Haus einziehen, beschäftigen sich mit der beruflichen Integration von geflüchteten Gesundheitsfachkräften, der Ausbildung migrantischer Frauen, der Beschaffung von Wohnraum, nicht zuletzt für Flüchtlinge, und der Psychotherapie mit

traumatisierten Menschen. Was uns verbindet, ist das konkrete Bemühen um Daseinsvorsorge. Auch wenn wir uns schon zuvor gekannt haben, entdecken wir nun neue Möglichkeiten der Zusammenarbeit. Erste gemeinsame Aktivitäten für das nächste Jahr sind bereits in Planung.

Ein Bürogebäude ist ein Bürogebäude. Das medico-Haus soll aber auch ein öffentlicher Ort der Debatte werden.

Das Erdgeschoss kann für Konferenzen, Podiumsdiskussionen, Ausstellungen und andere Veranstaltungen genutzt werden. Die Fläche bietet damit die Möglichkeit, das Haus und medico für die Frankfurter Öffentlichkeit zu öffnen. Tatsächlich haben sich bereits andere Akteure, nicht zuletzt aus dem unmittelbaren Umfeld, dem Osthafenviertel, gemeldet, mit denen wir gemeinsam darüber nachdenken, wie die Räume für die Schaffung eines Gegenpols zur Mainstream-Kultur der Stadt aufgebaut werden können. Mit von der Partie sind Museumsmacherinnen, Theaterleute, kritische Intellektuelle,

bildende Künstlerinnen, Musiker. Das Ziel ist, dem großen kritischen Potential, über das viele Frankfurter Institutionen nach wie vor verfügen, Raum und ganz wörtlich: einen Raum zu geben und so Frankfurt als Ort kritischer Diskurse zu stärken. Viele Debatten sind in den letzten Jahren nach Berlin abgewandert und drohen sich nun dort im parlamentarischen Alltag zu verschleifen. Umso wichtiger wird es werden, Impulse aus dem Off zu setzen. Das gilt für Frankfurt, wo wir uns aus dem Off des Osthafenviertels zu Wort melden werden, und für das politische Berlin, das man aus der Ferne Frankfurts mitunter sehr viel klarer sehen kann. Auch in diesem Sinne entspricht das medico-Haus einem satzungsgemäßen Ziel der Stiftung: als gesellschaftspolitischer Akteur Debatten zu stiften und Räume für eine sich selbst bewusste Öffentlichkeit zu schaffen. Das ist – im lokalen wie im globalen – Voraussetzung, um strukturelle Veränderungen durchsetzen zu können.

Interview: Christian Sälzer



Gut angelegt: das neue medico-Haus.

STIFTEN UND FÖRDERN

Mit den Erträgen aus ethisch-nachhaltigen Fonds-Anlagen und nun auch aus Mieterträgen kann die stiftung medico international die Arbeit von Partnerorganisationen in Afrika, Asien und Lateinamerika fördern. In diesem Jahr wurden zehn medico-Projekte gefördert – von der psychosozialen Unterstützung von Opfern von Menschenrechtsverletzungen in Guatemala über die Verbesserung der Gesundheitsversorgung in den besetzten palästinensischen Gebieten in der Westbank bis zur Selbstorganisation von aus Europa Abgeschobenen in Mali. Je größer das Stiftungsvermögen ist, umso größer sind Möglichkeiten solidarischer Hilfe. Zustiftungen sind daher weiterhin wünschenswert.

Die stiftung medico international ist dankbar für weitere Unterstützung. Mehr Informationen auf www.stiftung-medico.de.



1



2



3



4



5



6



7



8

LIEBE LESERINNEN UND LESER,

Sie finden hier eine Auswahl der Materialien, die medico mit viel Sorgfalt erstellt und zu Informations- und Bildungszwecken kostenfrei (mit einigen gekennzeichneten Ausnahmen) zur Verfügung stellt. Sie helfen medico und den Projektpartnern sehr, wenn Sie zur Weiterverbreitung dieser Materialien beitragen! Machen Sie Freunde, Bekannte, Arbeitskollegen auf das rundschreiben-Abonnement, die medico-Stichworte, die Kampagnenflyer aufmerksam!

Die vollständige Liste unserer Materialien steht im Internet bereit: Unter www.medico.de/material finden Sie die hier abgebildeten und alle weiteren Publikationen zum Bestellen oder Herunterladen. Für Nachfragen stehen wir Ihnen gerne unter Tel. (069) 944 38-0 zur Verfügung.

Materialliste:**1 stiftung medico international**

[28 S.] Übersicht über Ziele, Satzung, Struktur und steuerliche Aspekte der stiftung medico international.

2 Wissenswertes zu Testament und Erbschaft

[28 S.] Wenn Sie medico testamentarisch berücksichtigen möchten, bietet die Broschüre Informationen zu rechtlichen und steuerlichen Fragen.

3 medico-Jahresbericht 2016

[44 S.] Projekte, Netzwerke, Aktionen, Kampagnen: der Gesamtüberblick mit Grundsätzen und Finanzbericht

4 Hilfe im Handgemenge

[Infolyer] Partnerschaft braucht Solidarität: medico international kurz vorgestellt – mit Projektbeispielen aus Israel/ Palästina, Guatemala, Simbabwe, Somalia, Südasien und Zentralamerika. Auch zum Weiterverteilen.

5 Warum Menschen fliehen

[32 S.] Mit dieser Broschüre möchten wir dazu anregen, bei der Rede über Fluchtursachen und ihre Bekämpfung genau hinzuhören. Herausgegeben von medico international und der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft.

6 Recht auf Profit?

[32 S.] Warum schädigt neoliberaler Freihandel die Gesundheit? Welche Erfahrung mit Freihandelsabkommen und ihren gesundheitlichen Auswirkungen gibt es bereits? Diese und viele andere Fragen beantwortet die Broschüre „Recht auf Profit?“, herausgegeben von medico international und dem Forum Umwelt und Entwicklung.

7 Umkämpfte Psyche

[Infolyer] In Zeiten des globalen Kapitalismus gerät die therapeutische und psychosoziale Arbeit unter den Druck von Standardisierung und Effizienzdenken. Eine Handreichung zu einer anderen emanzipatorischen Haltung und Praxis. Natürlich kostenlos.

8 Europa ist Exportweltmeister

12-seitige Kurzbroschüre zur neuen Grenzschutz- und Migrationspolitik der EU. Herausgegeben von medico international, Brot für die Welt und Pro Asyl.

Ohne Abb.: Cool, aber tödlich

4-seitiger Flyer mit jeweils 6 Stickern. Eine Aktion der Kampagne für Saubere Kleidung und medico international.

Ohne Abb.: Das Recht zu bleiben, das Recht zu gehen

DIN A1-Plakat zum Thema Flucht und Migration. In DIN A2 auch in Englisch, Spanisch, Französisch und Arabisch.

Ich bestelle:

_____ Broschüre: stiftung medico international

_____ Broschüre zu Testament und Erbschaft

_____ medico-Jahresbericht 2016

_____ Infolyer: Hilfe im Handgemenge

_____ Broschüre: Warum Menschen fliehen

_____ Broschüre: Recht auf Profit?

_____ Infolyer: Umkämpfte Psyche

_____ Kurzbroschüre: Europa ist Exportweltmeister

_____ Flyer + Aufkleber: Cool, aber tödlich

_____ DIN A1 Plakat: Für das Recht zu bleiben

Anzahl

_____ Name

_____ Straße

_____ Ort

_____ Meine Spendennummer

Ich möchte:

- kostenlose Materialien bestellen**
- dass einmalig eine**
Spende in Höhe von _____ € von
meinem Bankkonto abgebucht wird.

_____ IBAN

_____ BANK

_____ BIC

_____ Datum

_____ Unterschrift

Bitte senden an
medico international

Lindleystr. 15

D-60314 Frankfurt am Main
oder faxen an [069] 43 60 02

Spendeninformation

Die Hilfe, die medico im weltweiten Handgemenge leistet, braucht Ihr Hinsehen, Ihr Verstehen und Ihre Zuwendung. Für die Förderung von Projekten und unserer kritischen Öffentlichkeits- und Kampagnenarbeit sind wir auch auf Ihr finanzielles Engagement angewiesen.

Spenden und Schenken – Sie können die Arbeit von medico durch Spenden unterstützen. Freie Spenden ohne Stichwort sind für medico besonders wichtig, da wir und unsere Projektpartner hierdurch unabhängig arbeiten und flexibel auf akute bzw. von den Medien wenig beachtete Not- und Krisensituationen reagieren können. Sie können Ihre Spende auch mit einem bestimmten Projektland oder Thema als Stichwort versehen. Dann verwenden wir Ihren Beitrag ausschließlich für entsprechende Projekte. Nutzen Sie auch Anlässe wie Geburtstage, Hochzeiten und andere Feste und unterstützen Sie medico! Sie können selbst eine Spende verschenken oder sich Spenden statt Geschenken wünschen.

Impressum

Herausgeber:
medico international
 Lindleystr. 15
 D-60314 Frankfurt am Main
 Tel. [069] 944 38-0, Fax [069] 436002
 E-Mail: info@medico.de
 Homepage: www.medico.de

Redaktion: Katja Maurer (verantwortl.),
 Thomas Gebauer, Moritz Krawinkel, Ramona Lenz,
 Christian Sälzer
Korrektur: Marek Artt
Gestaltung und Satz: Andrea Schuldt

Hinweis: Das medico-rundschreiben ist auf
 100 % Recyclingpapier gedruckt.

ISSN 0949-0876

Fördermitgliedschaft – Die regelmäßigen Beiträge unserer Fördermitglieder ermöglichen medico, langfristige und verbindliche Projektkooperationen einzugehen und sichern die Unabhängigkeit unserer Arbeit. Der jährliche Förderbeitrag liegt bei mindestens 120 Euro, für Menschen mit wenig Geld bei 60 Euro.

Spendenquittung – medico international ist als gemeinnütziger Verein anerkannt, daher ist Ihre Spende steuerlich absetzbar. Für Spenden ab 50 Euro schicken wir Ihnen eine Spendenbescheinigung. Haben Sie mehr als einmal im Jahr gespendet oder spenden Sie regelmäßig, senden wir Ihnen zu Beginn des Folgejahres eine Jahresspendenbescheinigung zu.

Spendenkonto – medico international,
 Spendenkonto BIC: HELADEF1822,
 IBAN: DE21 5005 0201 0000 0018 00



Zustiftungen – Die stiftung medico international fördert aus den Erträgen ihres Vermögens Projekte von medico. Von der Zustiftung bis zum Darlehen: Es gibt verschiedene Formen, zum Stiftungsvermögen beizutragen und Geld solidarisch einzusetzen. w

Haben Sie Fragen? Wir helfen gerne weiter.

Allgemeine Anfragen zu Spenden, Fördermitgliedschaft und Geschenkspenden.

Marek Artt und Frank van Ooyen
 Tel.: [069] 944 38 -0 Email: info@medico.de

Zustiftungen, Testamentsspenden und Unternehmensspenden

Gudrun Kortas
 Tel.: [069] 94438-28 Email: Kortas@medico.de

Spendenaktionen und Kommunikation

Anita Starosta
 Tel.: [069] 94438-44 Email: starosta@medico.de

Umzug oder Bankänderung? Bitte teilen Sie uns Ihre neue Adresse oder Bankverbindung, unter Nennung der alten Anschrift, mit. So bleiben wir in Kontakt!

Vielen Dank für die solidarische Unterstützung unserer Arbeit!

Christian Jakob, Simone Schlindwein

DIKTATOREN ALS TÜRSTEHER EUROPAS

Wie die EU ihre Grenzen
nach Afrika verlagert

Ch. Links Verlag

Migrationskontrolle ist in der EU zu einer Frage von höchster innenpolitischer Bedeutung geworden. Mit Hochdruck baut sie daher ihre Beziehungen zu den Regierungen in Afrika aus. Diese sollen ihre Bürger daran hindern, nach Europa zu gelangen. Die EU bietet dafür Militär- und Wirtschaftshilfe in Milliardenhöhe. Sie arbeitet mit Regimen zusammen, die schwere Menschenrechtsverletzungen begehen, und bildet deren Polizei und Armeen aus. Die Bewegungsfreiheit in Afrika wird eingeschränkt, Entwicklungshilfe wird instrumentalisiert.

DIKTATOREN ALS TÜRSTEHER EUROPAS

Christian Jakob/Simone Schlindwein,
Ch. Links Verlag, 320 S., September 2017

Die Erstellung des Buches wurde von medico international gefördert.

1968 - 2018

medico wird 50

2018 feiert medico international sein 50jähriges Bestehen. Wir planen zahlreiche Veranstaltungen in Frankfurt, die meisten im neuen medico-Haus, Lindleystraße 15, und in Berlin, darunter die große medico-Feier. Hier erste Termine zum Vormerken.

06. februar

„Warum wir die kannibalische Weltordnung brechen müssen“
Jean Ziegler im Gespräch mit Thomas Gebauer,
Casino der Goethe-Universität/Frankfurt am Main

01. märz

50 Jahre „Recht auf Stadt“ [1968]
Henri Lefebvres Grundlagenwerk über die moderne Stadt revisited
Lesung und Diskussion mit Niels Boeing, Hanna Mittelstädt,
Klaus Ronneberger und Thomas Seibert

25. mai

– **27.** Internationale Tagung „Emanzipation“
veranstaltet von Humboldt Universität und
medico international, Berlin

26. mai

Große medico-Feier
u.a. mit Stephan Lessenich, Harald Welzer, Vera
Malaguti, Hadi Marifat in der Urania, Berlin

04. august

Sommerfest im und rund um das medico Haus
Unter anderem mit Georg Schramm und Urban Priol

29. august

yallah!? yallah!?
– **26.** Ausstellung über die „Balkanroute“

september



medico international